

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährig 96.-
anzwährig 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

5. Jahrgang.

Mittwoch, 2. Dezember 1925.

Nr. 280.

Eine schwere Geburt.

Gestern wurde die Öffentlichkeit mit der Nachricht überrascht, der Ministerpräsident Svehla habe die ihm erteilte Mission, ein Kabinett zusammenzustellen, in die Hände des Präsidenten zurückgelegt und er habe gleichzeitig dem Präsidenten der Republik empfohlen, den bisherigen Minister für Gesundheitswesen, Konstantin Sramek, mit den Verhandlungen zur Bildung des Kabinetts zu betrauen. Das ist die erste offizielle Meldung, welche seit dem Tage, da Herr Svehla die Aufgabe der Zusammenstellung der neuen Regierung übernahm, ausgegeben wurde. Durch volle 14 Tage wurde verhandelt, aber worüber verhandelt wurde, erfährt kein Mensch außerhalb des engeren Kreises der Vertrauten. Man wird nicht leicht einen Skandal von der Art dieser Regierungsbildung finden. Der tschechoslowakische Staatsbürger kann sich aus den Zeitungen über alle Höhen und Schwierigkeiten der Regierungsbildung beispielsweise in Frankreich informieren, dort hält man die Frage der Zusammenstellung der Regierung des Landes eben nicht für die Privatangelegenheit von ein bis zwei Duzend Leuten, wie bei uns. In der tschechoslowakischen Republik vollzieht sich, wie es auch bei der Gesetzmacherei der Fall ist, die Regierungsbildung mit Ausschluß der Öffentlichkeit, hinter den Kulissen. Welche Absichten die kommende Regierung verfolgen soll, welche Bedingungen die einzelnen Regierungsparteien stellen und welche Schwierigkeiten sich ergeben, darüber hat man kein Sterbenswörtchen gehört. Derselbe Tage lang war man auf Vermutungen und auf Ratieraten angewiesen. Die Bevölkerung mußte belächeln warten, bis man so gnädig sein wird, ihr mitzuteilen, welches Geschick sie erwartet und welcher Art die Regierung sein werde, die ihr zugeordnet ist. Jeden Tag flüchteten Gerüchte auf, sogar Ministerlisten wurden veröffentlicht, aber all dies war nur Privatberatern der Journalisten, die sich die Wartezeit bis zur Entschleierung von Svehlas Geheimnissen mit Kombinationen vertrieben. Nicht einmal soviel erfährt man, daß eine Ministerliste eingetreten war. Gewisse Sprecher an der Wand wußten wohl zu erzählen, daß es um die Personentragen in der neu zu bildenden Koalition einen heftigen Streit gebe, aber etwas Gewisses wurde nicht bekannt. Es überwiegen die Meldungen, die Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts stünden vor dem Abschluß und am Dienstag werde bereits die Veröffentlichung der neuen Ministerliste erfolgen. Bei dieser Geheimnisträumerei wirkte es um so überraschender, als Ministerpräsident Svehla vom Schauplatz abtrat, seine Aufgabe für gescheitert erklärte und Prälat Sramek am Horizont auftauchte.

Die Niederlegung der Kabinettsbildung durch Svehla ist ein Symptom dafür, daß die Krise, die sich von einer Regierungskrise immer mehr zu einer Staatskrise auswächst, durch die Neuwahlen nicht beseitigt, sondern vielmehr verschärft wurde. Am ersten Tage nach den Wahlen war die Krise schon wieder da und alle Geheimnisträumerei konnte nicht verhüllen, daß schon die Geburt des Geschöpfes der neuen Koalition sich unter unendlichen Schwierigkeiten vollziehe. Wie wird erst sein Leben beschaffen sein! Gewiß haben auch die Wahlen nicht dazu beigetragen, eine friedliche Stimmung unter den Regierungsparteien zu schaffen. Die einen sind verärgert, weil sie bei den Wahlen unterlegen sind, die anderen übermäßig und begierig, weil sie den verhassten Mandate abgenommen haben, und alle zusammen sind von ihrer Unentscheidbarkeit überzeugt. Der Appetit der einzelnen Parteien und Parteiführer nach Ministerposten ist gestiegen, doch er kann nicht befriedigt werden, da die Zahl der Minister reduziert und überdies einige Posten ausgenommen werden sollen. Schwieriger aber noch als dieser Streit um die Ministerposten sind die politischen, kulturellen und sozialen Gegensätze zwischen den Parteien, die sich zu der neuen Koalition verbünden sollen. Gegensätze, die schon die erste allnationale Koalition auf Schritt und Tritt kimmten und ihr täglich das Leben sauer

Unterzeichnung in London.

Luther verweist auf die noch fortbestehende Bewegung deutschen Gebietes, die in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören muß.

London, 1. Dezember. (Eigenbericht.) Die Verträge von Locarno wurden heute mittag zwischen 11 und 12 Uhr in feierlicher Weise unterzeichnet. Die auswärtigen Delegierten wurden von Chamberlain im Außenamte begrüßt, worauf sich alle nach Prüfung der Dokumente, die zur Unterschrift gelangen sollten, gemeinsam in den Goldenen Empfangssaal begaben und an dem großen rechteckigen Tisch in der Mitte des Saales Platz nahmen.

Hierauf erhob sich Chamberlain und verdommelte die Versammelten die Grüße des Königs. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Werk von Locarno den dauernden Frieden zwischen den Völkern sichern und die kommenden Generationen vor einer Wiederholung des Unheils bewahren werde, das die heutige Welt als Zeuge und Opfer miterlebt hat.

Nach ihm sprach der Reichskanzler Dr. Luther, der unter anderem erklärte: Von ganzem Herzen begrüße ich die Feststellung, daß Locarno ein Werk der Versöhnung und Versöhnung sei, als Grundlage für eine aufrichtige Freundschaft zwischen den hier vertretenen Nationen. Chamberlain hat mit Recht hervorgehoben, daß auf dem Wege zu dieser Versöhnung Hindernisse zu überwinden sind. Wir sprechen von Vorurteilen, die wir besiegen müssen, von einem Mißtrauen, das überwunden werden muß. Alle Völker müssen sich vereinen, um diese Vorurteile und dieses Mißtrauen in die Vergangenheit zu verweisen und den Weg frei zu machen für eine Zukunftsvision, an der wir alle mitarbeiten müssen. Dazu wird es notwendig sein, daß auch alles verschwindet, was seine Ursache hat in nicht mehr berechtigten Nachwirkungen einer vergangenen Kriegszeit. Die Tatsache, daß Gebietssteile meines Vaterlandes unter den Auswirkungen des Krieges noch zu leiden haben, muß in absehbarer Zeit ebenso der Vergangenheit angehören, wie der Gedanke des Mißtrauens, dem wir gemeinschaftlich entgegenwollen. Noch höher als der Inhalt des Vertrages, der neue Verhältnis in der Welt bedeutet, muß die Einheit des Willens zu gemeinsamer friedlicher Arbeit sein, die ihren Ausdruck im Werk von Locarno findet, zu dem sich Deutschland in Einklang mit seiner bisherigen Stellungnahme und den eigenen deutschen Anregungen auch heute gerne bekennt.

Auch die anderen Delegationsführer hielten kurze Ansprachen. Dann wurde der Vertrag durch den juristischen Berater des britischen Außenministeriums jedem der Delegationsführer zur Unterzeichnung vorgelesen und dann auch die Arbeitsverträge in abschließender Reihenfolge unterfertigt. Schließlich wurde an den Stadtrat von Locarno ein Dankesgramm abgeschickt. Die Originalurkunde des Vertrages soll beim Sekretariat des Völkerbundes hinterlegt werden.

Konferenz der Außenminister.

Deutschlands Abrüstung und die Lage im besetzten Gebiet.

London, 1. Dezember. (Gavas.) Um 18 Uhr fand zwischen Chamberlain, Brand, Vandervelde, Luther und Stresemann eine Beratung statt, die über eine Stunde dauerte. Gegenstand der Unterredung bildeten die Fragen des jetzigen Standes der Abrüstung Deutschlands. Von alliierter Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Coöperation der Kölner Zone bereits begonnen habe und spätestens Mitte Februar n. J. beendet sein werde. Im übrigen Rheingebiet wird durch Umgruppierung der alliierten Truppen eine Herabsetzung ihres Standes ermöglicht werden. In Zukunft wird man die Lage im besetzten Gebiete durch weitere Maßnah-

men ändern können, die sich auf den Friedensgeist des Versailler Vertrages und auf den Geist von Locarno gründen werden. Die deutschen Minister erklärten, daß sie in Kürze die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde fordern werden.

men ändern können, die sich auf den Friedensgeist des Versailler Vertrages und auf den Geist von Locarno gründen werden. Die deutschen Minister erklärten, daß sie in Kürze die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde fordern werden.

Köln wird geräumt.

Köln, 30. November. (Wolff.) Der Abzug der englischen Truppen aus Köln hat heute offiziell seinen Anfang genommen. Eine kleine Abteilung von etwa 100 Mann ging heute vom Kölner Hauptbahnhof nach England zurück. In aller Stille wurde ein weiterer kleinerer Transport auf dem Güterbahnhofe Gerson zusammengestellt, der morgen früh etwa 220 Mann nach Wiesbaden bringen soll.

prochen, glaubt man, sie würden nach einem halben Jahre der allnationalen Koalition günstiger gestimmt sein?

Der Rücktritt Svehlas ist nicht ernst zu nehmen, noch weniger die Übernahme der Kabinettsbildung durch Sramek. Daß Prälat Sramek Ministerpräsident werden könnte, ist nur als verfrühter Aprilscherz zu werten. Die Ministerien haben der Besetzung des Unterrichtsministeriums durch einen tschechischen Sozialdemokraten ein entschiedenes Nein entgegengesetzt und die Bildung des Ministeriums dadurch vereitelt; darauf wußte der Ministerpräsident keinen andern Rat, als dem Präsidenten der Republik nahezu legen, dem Führer der Ministerien die Kabinettsbildung zu übertragen. Aber wo soll Sramek eine Mehrheit hernehmen? Es ist zur Stunde noch nicht einmal bekannt, ob Srameks Partei seiner Vertrauenswürdigkeit die Regierung zu bilden, zustimmen wird. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Eher noch kann man glauben, daß Svehla wiederkehrt oder ein Blahhalter, etwa Cerny, vorläufig an seine Stelle tritt. Jedenfalls spricht das Ereignis des Rücktrittes Svehlas und das Aufsuchen Srameks deutlich genug von den schweren Verlegenheiten, in denen die Koalition steht. Begreift man nach immer nicht, daß es mit den alten Mitteln und dem verbrauchten System der allnationalen Koalition nicht gehen wird? Und ist noch immer nicht das Bedürfnis rege, aus dem Sumpfe herauszufinden?

Im Schatten der Demokratie.

S. B. London, 27. November.

So sind also wirklich im klassischen Lande der bürgerlichen Freiheit zwölf Kommunisten von zwölf Kleinbürgern schuldig gesprochen worden — einseitig, denn eine einzige abweichende Stimme hätte nach englischem Gesetz genügt, um den Spruch der Geschworenen zu vereiteln — und das Gericht hat fünf von den Angeklagten zu einem Jahr, die anderen, die es ablehnten sich von ihrer Partei loszusagen und „ordentliches Betragen“ zu versprechen, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die „Aufregung“, die sie begangen haben sollen, besteht in der Veröffentlichung von Artikeln und Broschüren, die seit zwei Jahren offen verbreitet und in einem Buchladen verkauft wurden, wo sie jeder der Polizeispäher, die sich häufig einfanden, um zwei Penny erstehen konnte. Die Verteidigung der Angeklagten hat sich denn auch ungefähr auf der Linie bewegt: Man zeige uns den Soldaten, den wir zur Meuterei verleitet haben — sie war auch sonst nicht immer in Einklang mit den Taten der kommunistischen Internationale. Allein wer wird mit Kommunisten rechnen, wenn Konserwativen sie soeben verurteilt haben?

Und nicht nur sie. Um etwas Größeres als die zwölf Kommunisten ist es in dem Londoner Prozeß gegangen und etwas Größeres haben zwölf englische Kleinbürger und ein reaktionärer Richter ins Loch gesteckt: die Freiheit der Meinungsäußerung. Schon ist im Unterhaus ein Antrag der Arbeiterpartei und sogar einer der Liberalen eingebracht worden, die beide diesen Anschlag auf das Recht der freien Rede verurteilten; die Debatte darüber soll am Dienstag stattfinden. Auch über den standeslosen Freispruch der faszistischen Dämonen, die am Automobil des „Daily Herald“ überfielen und zu rauben beabsichtigten, wird gesprochen werden: man weiß heute, daß die Zurückziehung der Anklage in diesem Falle im Einverständnis mit dem Generalstaatsanwalt, also einem verantwortlichen Mitglied der Regierung erfolgt ist. Es ist also ein genaues Gegenstück zu jenem „Fall Campbell“, aus dem die Konserwativen vor einem Jahr der Arbeiterregierung einen Strich gedreht haben. Man erinnert sich, daß der Rücktritt von der Anklage gegen den kommunistischen Redaktor (der sich heute unter den zwölf Verurteilten befindet) der unmittelbare Anlaß zum Sturz der Arbeiterregierung war. Nun, heute, ein Jahr später, ist der Kommunismus eingesperrt, die Faschisten sind freigelassen, eine konserwative Regierung ist im Amt — kurz, es ist alles in schönster bürgerlicher Ordnung.

Nur eine Frage bleibt. Die englischen Arbeiter sehen sich an und fragen: Und das Recht? Ihre Antwort auf das Urteil im Kommunistenprozeß wird zweifellos wieder ein „Nun ja“ sein in der ganzen englischen Bewegung sein. Wo es bisher keine Kommunisten gab, dort wird die Justiz der konserwativen Regierung welche schaffen. Das englische Volk hat sich Gewissensfreiheit erzwungen, lange vor allen andern. Die englischen Arbeiter haben das Koalitionsrecht gehabt, lange vor allen andern. Vielleicht haben sie darum länger als alle anderen an die unparteiliche Gerechtigkeit und andere schöne Dinge geglaubt. Nun fangen sie an zu zweifeln: ist das die Demokratie?

Wir haben unlängst zu schildern versucht, wie das oberste Werkzeug dieser Demokratie, das englische Parlament, in seiner gegenwärtigen Gestalt und Arbeitsweise allmählich hinter seinen großen Traditionen zurückbleibt. Seine Technik, aus dem Brauch vergangener Jahrhunderte erwachsen, da Staatskunst und Staatsgeschäfte ein beschauliches Tempo hatten, hält mit den Bedürfnissen unserer Zeit kaum mehr Schritt. Seine innere Mechanik reißt sich immer härter an den Tatsachen der modernen Gesellschaft, stößt immer scharfer an die Gegensätze der Massen. Eines der historischen Hüder in den Wandelhallen des Unterhauses zeigt die Szene aus der glorreichen Geschichte dieses Parlaments, wie der Präsident Lenthall dem König Karl I. mannhaltig die Auslieferung der Unterhausmitglieder verweigert, die der König verhaften lassen will: das war ein Aufakt zur englischen Revolution. Seiner wurde einem gewählten Mitglied des englischen Parlaments, dem kommunisten Palatials, die Einreise nach Amerika zur Verfügung der Interparlamentarischen Union verweigert: und das Parlament ließ sich das ruhig gefallen. Die Würde der englischen Parlamentarier, die Selbstverständlichkeit, mit der sich

Schweres Zugunglück bei Ostrau.

Fünf Tote und acht Verwundete.
Mähr.-Ostrau, 1. Dezember. Heute früh um 5 Uhr ereignete sich auf der schmälsten Strecke der schlesischen Landesbahnen zwischen Karwin und Deutsch-Weiten ein katastrophales Unglück. An dem Orte, wo die Strecke eine scharfe Kurve macht, entgleiste ein Motorwagen und überstürzte sich. Hierbei wurden fünf Personen, darunter der Zugführer und der Zugkondukteur, getötet. Ferner wurden zwei Personen schwer und sechs leicht verletzt.

Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus von Delau gebracht, die Leichtverwundeten wurden, nachdem ihnen Hilfe zuteil geworden war, entlassen.

An die Unglücksstätte begaben sich eine Gerichtskommission aus Obergberg und der Polizeidirektor von Mähr.-Ostrau, der die Rettungsarbeiten leitete. Im Zuge befanden sich größtenteils Arbeiter, die in die Arbeit nach Obergberg führen.

Jeder Abgeordnete den Anordnungen des Präsidiums folgt, der ihm das Wort erteilt oder verweigert, all das erregt die Bewunderung jedes Besuchers. Aber all das ist doch nur so langweilig, als die Grundlage dieser Disziplin der Demokratie besteht: der Glaube an die Unparteilichkeit ihres Funktionierens. Nun, bis vor kurzem hat die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes auch auf die Unparteilichkeit der englischen Richter geschworen.

Wir wollen den Wert dieses Glaubens nicht geringschätzen. Wir alle verdanken der „Mutter der Parlamente“ Vorbild und Schutz der Demokratie. Ein Jahrhundert lang, da in anderen Ländern Monarchendünkel und Militärübermut herrschten, haben alle Nationen aufgehört, wenn aus dem Saale des englischen Parlaments die stolze Sprache eines freien Volkes erschallt. Was irgendwo an freiheitlichen Institutionen besteht, hat sich an dem englischen Beispiel gemodelt. Das Feuer der französischen Revolution und die ehrenwürdige Erfahrung des englischen Parlaments sind Ursprung und Leitstern aller bürgerlichen Freiheit in der Welt.

Der Engländer hat für dieses sein heimatliches Erzeugnis ein hübsches Wort. Was so in der alten Verfassung des Landes, in der Tradition der Selbstverwaltung verwurzelt ist, eine Einrichtung oder ein Ereignis, davon sagt er manchmal, es geschähe oder es wachse „im Schatten von Big Ben“, dem großen Glockenturm des Parlamentesgebäudes. Aber je älter Big Ben wird, desto mehr bekommt das Wort eine andere, neue Bedeutung. Jenseitig steht die englische Demokratie wie der mächtige Turm des englischen Parlaments; aber siehe da, sie wirkt auch Schatten. Im Lichte der Demokratie wächst mit der Ausbreitung des Kapitalismus die Zahl, die Stärke, die Erkenntnis des Proletariats. Im Schatten der Demokratie wächst mit der steigenden Kraft des Proletariats die Furcht der Besitzenden und mit ihr der Mißbrauch der Machtmittel über die die herrschende Klasse verfügt. Redefreiheit und gleiches Recht — war es nicht der heilige Schicksalsruf der bürgerlichen Revolution? Redefreiheit und gleiches Recht — o ja, das konnte sich die englische Bourgeoisie leisten, so lange die englischen Arbeiter die Lüge dieser Gleichheit noch nicht durchschaut hatten, so lange die bürgerliche Herrschaft in England noch nicht bedroht war. Redefreiheit, gleiches Recht — sucht sie heute im freien England, sucht sie im Schat-

ten von Big Ben! Faschisten spielen mit den Rechten des englischen Staatsbürgers, für politische Broschüren wird man eingesperrt und die Justiz wird wie überall nur Verteidigerin des Profits. Die Arbeiter aber beginnen zu erkennen: eine Klasse der Gesellschaft wohnt im Schatten der Demokratie.

Noch ist nicht abzusehen, wie weit das diesmal führen wird. Wird die konservative Regierung den Ausspruch des Richters, daß die kommunistische Partei eine „ungefährliche Organisation“ sei, wirklich nehmen und die Partei auflösen? Es wäre kein erster Schlag gegen die kommunistische Bewegung in England, aber ein böses Beispiel für die übrige Welt und damit eine sehr ernste Sache, vielleicht das Ende mancher guten sozialistischen Partei in anderen Ländern, deren reaktionäre Regierungen sich mit Vergnügen auf das Vorbild des „freien England“ berufen würden. Wird die englische Arbeiterschaft die Verfolgung der Kommunisten mit Sympathiebekundungen beantworten, die vielleicht der Regierung Einhalt gebieten, aber vielleicht auch die Klärung innerhalb der Reihen der Arbeiterklasse erschweren werden? Wie dem immer sei, die Kommunisten selbst haben am wenigsten Grund, sich zu beklagen: ihnen hat die konservative Regierung gewaltige Reklame ge-

macht, und Unrecht geschehen ist ihnen nur vom Standpunkt eines Prinzipals, das sie selbst nicht anerkennen: — der vollen politischen Freiheit in der Demokratie. Man könnte bei dieser Selbsteinschätzung interessante Betrachtungen darüber anstellen, wie einige, die mit Recht sehr empfindlich sind, wenn es sich um die Redefreiheit englischer Kommunisten handelt, ganz unberührt bleiben, wenn man ihnen von den russischen Sozialdemokraten erzählt, die auch wegen ihrer Bestimmung Verfolgungen erleiden und nicht einmal dazu kommen, eine „Aufregung“ zu begehren, weil sie weder Zeitungen, noch Broschüren, noch Versammlungen haben. Gerade das nehmen manche Freunde der englischen Kommunisten nicht zur Kenntnis; sie würden erst wirklich wissen, was Freiheit ist, wenn der englische Arbeiter sie wirklich verloren hätte. Wir aber, die wir hier wie dort Freiheit für alle verlangen — Freiheit, die der englische Arbeiter als Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch nimmt, und Freiheit, die der russische Sozialist vergebens von der russischen Regierung fordert — wir stehen erkennend, was geschehen ist, und voraussehend, was noch kommen mag vor dem Prozeß, in dem die englischen Kommunisten schuldig gesprochen, aber die bürgerliche Freiheit beurteilt worden ist.

Brot und Mehl werden teurer!

Ab 1. Dezember Zoll auf Getreide und Mehl — 1 Kilogramm Mehl um 22 Heller teurer. — Ein Weihnachtsgeschenk der Koalition an die Bevölkerung

Am 4. Juni dieses Jahres hat die Regierung eine Verordnung erlassen, womit die seit 1914 bestehende zollfreie Einfuhr von Getreide und Mehl abgeschafft und (so genannte Getreidezölle eingeführt werden. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß diese Verordnung allen geltenden Gesetzen, insbesondere dem zollpolitischen Ermächtigungsgesetz widerspricht und daß die Einführung eines Getreidezolles nur im Wege eines von den gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Gesetzes — nicht aber einer Verordnung — hätte erfolgen dürfen. Die Regierung hat aber, um einer Verhandlung eines beratigen Gesetzes im Abgeordnetenhaus aus dem Wege zu gehen, die weit einfachere Methode einer Verordnung gewählt, obwohl dies wider Recht und Gesetz war.

Nun wird die Bevölkerung an dem wichtigsten Nahrungsmittel — Brot und Mehl — die Folgen der agrarischen konsumtenfeindlichen Politik der Koalition zu spüren bekommen: Ab 1. Dezember tritt ein Weizenzoll von 1200 und ein Weizenmehlzoll von 22 Kö pro hundert Kilogramm in Kraft. Dadurch wird 1 Kilogramm Mehl um 22 Heller mehr teurer als bisher. Das wird vielleicht den Herren, die uns regieren, gering erscheinen. Aber nehmen wir an, daß eine Arbeiterfamilie durchschnittlich täglich 1 Kilogramm Brot und 1 Kilogramm Mehl braucht, so macht das eine jährliche Mehrausgabe von mehr als 150 Kronen aus. Wie sehr muß die Arbeiterfamilie schon heute mit jedem Kreuzer rechnen! Kaum das notwendige kann sich eine Arbeiterfamilie anschaffen, weil der Lohn einfach nicht reicht. Woher soll nun der Arbeiter die 150 Kronen hernehmen? Er muß entweder weniger essen oder seinen Bedarf an Bekleidung und Beschuhung einschränken. Da klagt man fortwährend, die Industrie sei zu wenig beschäftigt und treibt allerlei Auslandspropaganda-

um die Waren höchstwahrscheinlich Herkunft auf dem Weltmarkt bekannt zu machen. Das deutschgeschriebene Regierungsblatt gibt jeden Augenblick irgend eine Sonderausgabe für einen anderen Auslandsstaat hinaus, um für die heimische Industrie Propaganda zu machen. Auf der anderen Seite aber nimmt man den Massen der Bevölkerung jede Möglichkeit, eine Industriearbeit zu laufen, weil alles Geld auf das höchste Essen verwandt werden muß, macht den inneren Markt aufnahmunsähig, ruiniert so die Industrie und schafft tausende neuer Arbeitsloser. Das ist die Wirtschaftspolitik der Koalition, die angeblich den Staat konsolidiert, in Wirklichkeit aber die Arbeiter ganz und gar verelendet.

Bemerkenswert ist auch der Zeitpunkt, in welchem der Bevölkerung der Brotzoll höher gehängt wird, nämlich vierzehn Tage nach den Wahlen. Vor den Wahlen wollte man die Wähler nicht verstimmen, damit sie ja nur koalitionsfreundlich wählen. Nachdem aber die Wähler den Stimmzettel in die Urne geworfen haben, kann man wieder machen, was man will, denn bis zu den nächsten Wahlen haben es die Menschen längst wieder vergessen, daß die Fürsorge der Koalitionsparteien darin besteht, daß man den arbeitenden Menschen das Leben immer schwerer macht.

Die Einführung des Getreide- und Mehlsolles ist wieder ein schlagender Beweis für den volksfeindlichen Charakter des heutigen Regierungssystems, für die Stärke der Agrarier und die Schwäche der beiden sozialistischen Koalitionsparteien. Darum ist die Einführung eines Mehlsolles an die gesamte werktätige Bevölkerung nicht zu rufen und zu rufen, bis dieses Regierungssystem, mit Hilfe dessen die herrschende Bourgeoisie unter dem Vorwand „nationaler“ Interessen, die Arbeiter immer mehr in das Elend hinabstößt, verschwunden ist.

Gegen den faschistischen Terror.

Große Protestkundgebung der tschechischen und deutschen Wirtschaftsgenossenschaften in Prag.

Dienstag, den 1. Dezember um 7 Uhr abds. fand im Karolíní Dum auf den Weinbergen eine von Hunderten von Menschen besuchte große Protestkundgebung der Wirtschaftsgenossenschaften beider Nationen dieses Staates statt, um gegen die Verfolgungen und neuerlichen Gewalttaten der italienischen Faschisten Protest einzulegen. Als Redner sprachen vom tschechischen Verbande der Wirtschaftsgenossenschaften Vojta Fiser, für die Deutsche Wirtschaftsgenossenschaft Lustig und für den Verband der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften Abgeordneter Genosse Diel.

Lustig schilderte zunächst die letzten Terrorakte der Faschisten durch Beschlagnahme des Eigentums der italienischen Wirtschaftsgenossenschaften, durch Plünderung der Verkaufsstellen und Niederbrennen vieler Gebäude, wobei gesellschaftliches Eigentum im Werte von zwei Milliarden Lire vernichtet wurde. Die große Wirtschaftsgenossenschaft in Mailand wurde beschlaggenommen und an Privatkapitalisten verkauft. Man will mit solchen Maßnahmen die sozialistische oppositionelle Arbeiterchaft vernichten. Redner gab dann einen interessanten Bericht über die historische Entwicklung des Genossenschaftswesens in Italien und schilderte den Terror, durch welchen 8000 Wirtschaftsgenossenschaften seitens faschistischer Verbände auf 1400 dezimiert wurden, so daß Tausende Funktionäre drohten, in die Emigration zu gehen. Er schließt seine Ausführungen mit der Aufforderung zum wirtschaftlichen Boykott, solange diese Terrorherrschaft andauere.

Reinlich äußert sich Fiser.

Genosse Abg. Diel

Schildert die Wirtschaftsgenossenschaften der internationalen Arbeiterchaft als eine große Familie. Die Gewalttat Mussolinis sei ein Angriff gegen ein Mitglied dieser Familie und verletze in Wirklichkeit kein anderes Ziel, als die oppositionelle sozialistische Arbeiterchaft zu unterdrücken. Der Faschismus ist grausam und unruhig, er kennt weder den Begriff der Freiheit, noch Achtung der Menschenwürde. Auf den jüngsten Terrorakt der Faschisten durch Dezimierung der Wirtschaftsgenossenschaften mittels Plünderung, Raub und Konfiszierung in bereiter Schilderung eingehend, verweist er darauf, daß der Gewalttät der Faschisten gegen die Wirtschaftsgenossenschaften nur ein Vorwand sei, um wieder die Kriegssackel zu entzünden. Wir müssen gegen das, was jetzt in Italien vorgeht, mit der gesamten gesitteten Welt protestieren. Der Bund der internationalen Wirtschaftsgenossenschaften hat bereits alles getan, was möglich war: eine Protestnote an die italienische Regierung wurde abgegeben, der wirtschaftliche Boykott über italienische Waren beschlossen, die internationale Transportarbeiterchaft aufgefordert, den Warentransport aus Italien zu sabotieren, und außerdem haben die Wirtschaftsgenossenschaften unseres Staates, Österreich, Ungarns und Jugoslawiens beschlossen, italienische Häfen zu meiden. Wir wollen in Italien die Kultur, die es seit Jahrhunderten hat, zum Wohle der gesamten Menschheit nicht untergehen und vernichten lassen!

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den seit drei Jahren andauernden faschistischen Terror, gegen die planmäßige Beschlagnahme und Vernichtung des Eigentums der sozialistischen Arbeiterchaft protestiert und die italienische Regierung aufgefordert wurde, die verübten Gewalttaten zu bestrafen und die begangenen Terrorakte wiedergutzumachen.

Der große Mann.

Roman von Schiller Marmorek.

„Das mag ich nicht hören!“

„Wenn Sie es eher wollen: ein Naturereignis mag meine Vereinerung von anerworbenen und angeborenen Fähigkeiten sein. Nun, und dem Naturereignis, das heißt der zufälligen Vereinerung verschiedener Bedingungen, folgt das Ministerium die Zahl entgegen, auf parlamentarischem Wege soll ein wissenschaftliches Problem gelöst werden. Ist das vernünftig? Aber ich füge mich — auch ich werde des Kampfes müde. Der Staat braucht mich zwar.“

„Wer ist der Staat, verehrter Meister! Ich spreche nicht gerne von etwas, was ich nicht mit irgendeinem Sinne packen kann. Das Volk ist, das Sie braucht, das ist eine Gesamtheit lebender Menschen.“

„Sie tüfteln, lieber Herr Taschner“, sagte Durchhardt lächelnd.

„D nein, verehrter Meister. Ich überprüfe nur jeden Begriff, wie Sie jeden wissenschaftlichen formwährend überprüfen. Und alles, Begriffe und Wirklichkeiten, muß man immer von neuem überprüfen, sonst kosten sie. Sonst wählte man auch nicht, daß es Ideen und ihre Repräsentanten gibt, die solchen Ueberprüfungen nicht standhalten.“

„Noch die Afrikanische Krankheit heilen und mein Lebenswerk ist vollendet“, sagte jetzt Durchhardt, als ob er zu sich selber spräche. „Muß das unmöglich sein, vorbei? Muß mein Werk ohne Krönung bleiben?“

„Nein, nein“, rief Taschner angstvoll dazwischen. Aber Durchhardt hörte nicht auf ihn.

„Der Kongreß — eine Eröffnungstede — höher Festhunder — was ist das nur? Ich suche die Tat.“

„Sie haben das Gefühl des Schaffens doch schon so oft erlebt!“

Durchhardt sah auf, als ob man ihn aus einer Betäubung aufgerüttelt hätte. „Ja, ich habe es gekannt, und noch einmal, noch einmal hätte ich es gerne, dieses hohe Gefühl, dieses einzige, das mich zu dem emporeißt — was ich bin. Schöpfer sein. Die Afrikanische Krankheit brach mich ausgetilgt — eine Legende nur noch — Weiße und Schwarze befreit, vielleicht dadurch veröhnt — es soll nicht sein, nicht mir ist es beschieden.“

„Und der Kongreß? Meister — ich verstehe nicht.“

„Der Kongreß kann nicht die Tat bringen, er wird Maßnahmen bringen, Worte, Reden, nicht die Tat, nicht meine! Verstehen Sie mich, Herr Taschner!“

„Ich verstehe.“ Taschner senkte das Haupt, als wäre es an ihm, eine Schuld zu bekennen.

„Er wird verwirren, der Kongreß, er wird furchtlich enttäuschen. Wozu? Was habe ich mit dem Leben auch noch solches Schicksal zu tragen?“

So offen hatte Durchhardt noch nie zu Taschner gesprochen. So hilflos hatte er sich noch nie gefühlt. Er sah alles vor sich, sah Weisheit auf der Tribüne seinen Vortrag halten und eine ungewisse Angst überkam ihn — ja, er war ein Phantast —, aber doch eine Angst, daß er die Lösung bringe, er, der Jüngere, der Ueberübnete, von dem man nichts, noch nichts wußte, indes es offenbar wurde, daß der große Durchhardt hier versprochen und dann versagt hatte. Zum ersten Mal weigerte sich ihm das Schicksal und ergoing seinen eigenen Weg.

Fort! Vorbei! Auf's Meiste!!!

Durchhardt spielte zwedlos mit den Sinnen des Mikrostops, nahm eine heraus und schraubte eine andere ein und dann wieder die erste, indes Taschner geduldig dastand und wartete. Wozu noch die weitere Arbeit, die vom Anbeginn an versichern mußte, wie ein Samenfort im unfruchtbaren Boden verankert? Mit heftigem Ruderschob er das Mikroskop vor sich.

„Wollen Sie mit mir im Garten spazieren gehen, Herr Taschner? Die Luft ist lind und frühlingnah. Ja, spazierengehen, warum sollte ich es nicht auch einmal? Die Arbeit drängt nicht mehr. Wenn man, wie ich, etwas geleistet hat, was sofort in das lebendige Leben eingirft, es fornte, beeinflusste —“

„Ja, ja“, stimmte Taschner zu.

„Ich werde — was wollen Sie nur? Ich habe doch einen bestimmten Plan!“

Sein Schritt war nicht so fest wie gewöhnlich, die Aussprache jedes Wortes nicht so scharf. Was war ihm? Taschner sah angstvoll zu dem weitwärts höher Bewachsenen empor. Das Auge Durchhardts, dieses wunderwoll leuchtende Auge, blühte erloschen.

„Er wird einen Schlaganfall haben!“ durchzuckte es das Hirn Taschners.

Durchhardt legte mit kümmerlichen Gesten den Arbeitsmantel ab und schritt hastend der Türe zu.

„Ja, das wollte ich sagen: Mein fünfter Band der Theorie der biologischen Lehre, den will ich jetzt fertigstellen. Theorie der biologischen Lehre. Theorie! Ein Messplatz!“

„Sie sollten sich vor allem ausrufen, Meister!“

großes hölzernes Kreuzigt. Durchhardt blieb stehen, gerade dem Getreuzigten gegenüber, der mit jämmerlich leibender Miene herüberlief. Seit langem, seit sehr langem gönnte er sich erst diesmal wieder Zeit, und konnte vor dem Symbol verweilen.

„Er mag immerhin eine Stütze sein, wenn man verzweifelt. Können Sie, der freie Denker, sich vorstellen, daß man einmal den beneidet, der glaubt?“

„Niemals!“ rief Taschner, schier erschrocken. Er wollte an jene Episoden im Leben Durchhardts erinnern, da dieser alle Kämpfe um geistige Freiheit geführt hatte. Aber er sagte: „Meister, ist diese Stunde so arg, daß Sie sich bei dem dort eine Zuflucht wünschön?“

„Ja“, antwortete Durchhardt lächelnd und neigte das Haupt. In keinem Ton war jetzt nichts von der Größe, die sonst jeden seiner Ausprüche erhob. „Ander werden die Wahrheit bringen, die ich in Armeslänge weiß und die ich nicht erbschen kann, meine Wahrheit.“

„Ja, anderen sind aber doch nicht Jüdesgleichen.“

„Ich bin kein und alt geworden. All, Kraftlos, ein Duzmal mit erloschener Zinfahrt, nichts Lebendiges mehr. Aber demütig will ich wenigstens nicht werden.“

„Kommen Sie in den Garten, Meister?“

„Ich wollen in die Mittagsstunde gehen. Mein demütig will ich nicht werden. Den fünften Band schreibe ich noch. Ach, in der Theorie stelle ich noch immer meinen Mann. Dieser fünfte Band muß sie auf die Knie zwingen.“

(Fortsetzung folgt.)

Gramels vergeblicher Versuch.

Der Konflikt zwischen tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Gestern abends war das Kabinett bereits zusammengefasst, die Beschlüsse waren schon fest bestimmt und es kann gesagt werden, dass das Kabinett, das Svehla in Vorbereitung hatte, in tieferer Beziehung, insbesondere was die Personen anlangt, eine Ueberraschung gewesen wäre. Die jetzt überwindene Schwierigkeit schien der bezwogene Konflikt zwischen tschechischen Nationalsozialisten und tschechischen Sozialdemokraten zu sein. Die tschechischen Nationalsozialisten verlangten nämlich, das Eisenbahnministerium und machten auch andere Schwierigkeiten. Es gelang, diesen Konflikt in einer gemeinsamen Sitzung beider tschechischer sozialistischer Parteien aus dem Wege zu räumen.

Die Sprengung der tschechischen Kabinettsbildung.

Wann war dieser Konflikt beseitigt, brach ein zweiter aus, der zur Sprengung des bereits fertigen Kabinetts führte. Es handelte sich um die Besetzung des Unterrichtsministeriums, Unterrichtsminister sollte ein Vertreter der Agrarpartei, der Universitätsprofessor und Abgeordneter Erdinko werden. Die Kandidatur Erdinkos wurde jedoch fallen gelassen, weil der Konflikt zwischen tschechischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten dadurch gelöst worden war, dass diese das Unterrichtsministerium und jene das Eisenbahnministerium erhalten. Unterrichtsminister sollte der ursprünglich zum Eisenbahnminister bestimmte Abgeordnete Běchyně werden. Als diese Nachricht in die Abteilung der Volkspartei gelangte, erhob sich dort mächtiger Widerstand, der sich zunächst gegen die Person Běchyně richtete. Daraufhin bewog Svehla die tschechischen Sozialdemokraten zur Zurücknahme der Kandidatur Běchyně, welche auf diesen Posten Senator Haberman kandidieren. Sodann erklärten wiederum die Volksparteiler, in deren Klub derweil der Prager radikale Flügel die Oberhand gewann, — dieser Flügel ist mit der Verteilung der Ressorts der neuen Regierung überhaupt unzufrieden gewesen — dass sie einen Sozialdemokraten im Unterrichtsministerium nicht wollen.

„Ein Mißverständnis“.

Man hätte man auf Dr. Erdinko zurückgreifen können. Dies hätte aber die Wiederaufhebung des ersten, nur mit Hilfe beigelegter Konflikts zur Folge gehabt. Die Nationalen behaupten, es sei nicht richtig, dass sie das Unterrichtsministerium verlangen hätten. Sie hätten nur gefordert, dass dieses Ressort in die Hände eines neutralen Politikers falle. Von anderer Seite wird erklärt, die Nationalen hätten ausdrücklich verlangt, dass dieses Ressort keinem Sozialisten zufalle. Dies ist die Erklärung des Konflikts durch die tschechischen sozialistischen Parteien. Die Volksparteiler sagen weiter, dass sie sich auch mit zwei Ressorts im Kabinett zufrieden geben wollten und daß die ihnen jetzt zugeschriebene Mißforderung nicht die offizielle Forderung der Partei, sondern des radikalen Prager Flügels gewesen wäre. Die offizielle Forderung der Partei wolle sich mit zwei Ressorts um so mehr zufrieden geben, als die Regierung ja keine rein parlamentarische sein sollte. Allerdings stellen die Volksparteiler in Aussicht, daß sie bei der in Kürze geplanten Reorganisation der nicht zustande gekommenen Regierung einen weiteren Ministerposten verlangen hätten. Von einigen Seiten wird unter Anführung dieser Tatsachen erklärt, daß die Sprengung der Kabinettsbildung auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei, dessen Erklärung in der in den Abendstunden herrschenden Verwirrung zu suchen sei. Auch soll hierbei in Betracht gezogen werden, daß der Ministerpräsident durch die vielen Schwierigkeiten, die sich ihm in den vergangenen Tagen in den Weg gestellt haben, verzweifelt gewesen sei und in momentaner Erregung dem Präsidenten der Republik die Mission zurückgegeben habe.

Rumblie?

Es ist auch möglich, — und das erscheint uns das Wahrscheinlichste, — daß Svehla einen Kampf gegen Gramel auszuspielen wollte, der sich im Verlauf der Verhandlungen angeht des Wahlergebnisses sehr herausfordernd benahm. Svehla will vielleicht zeigen, daß Gramel nicht imstande ist, eine Regierung zu bilden und gleichzeitig hinzugeben, daß er auch bei eventuellen Neuwahlen nicht zurücksteht. Der am radikalen Flügel der Volkspartei stehende „Cech“ betrachtet Svehlas Schritt als ein Manöver, welches er durchzuführen haben will. Er sagt nämlich:

„Was, was Svehla gemacht hat, war eine Schlinge für die Volksparteier. Diesen Zweck verfolgt auch sein allerneuester Versuch. Er möge zur Kenntnis nehmen, daß er auch damit sein Ziel nicht erreichen wird. Und wenn er im Verfolge seiner frivolen Politik das Parlament aufzuheben und Neuwahlen auszuspielen würde, so sagen wir ihm heute schon, daß er dieses sein Ziel nicht erreichen werde. Die Wahlen würden nur auf Kosten der agrarischen Partei durchgeführt, deren Schwächung die verdienstvollste nationale Tat

wäre. Die Volksparteier stehen auf festen Füßen, sie fürchten nichts, geschehe, was wolle.“

Der „Cech“ behauptet weiter, Svehla wolle eine tschechisch-deutsche Koalition bilden, müsse aber vorher beweisen, daß eine allnationale Koalition nicht mehr möglich ist.

Sicher ist, daß Svehla sehr wohl weiß, daß Gramels Mission ergebnislos bleiben muß. Die Bildung einer Majorität kann Gramel noch viel wichtiger gelingen als Svehla, weil die tschechischen sozialistischen Parteien nur schwer einem schwarzen Ministerpräsidenten Gefolgschaft leisten können und weil dies auch der Tradition des Umsturzes von 1918 widerspricht.

Gramels Verweigerung.

Im ausführlichen Bericht über die Resignation Svehlas hieß es, daß Svehla dem Präsidenten empfahl, mit der Kabinettsbildung den Vertreter der zweitstärksten Partei zu betrauen. Die Koalitionspresse billigt diesen Vorschlag und argumentiert dahin, daß analog den westeuropäischen Staaten vorgegangen werden solle und daß dem Präsidenten nichts anderes übrig bleiben würde, als sich an die protestierende Partei zu wenden und dies um so eher, als sie die zweitgrößte Koalitionspartei ist. Die politischen Gesplogenschaften der westlichen Demokratien auch auf anderen Gebieten anzuwenden, müßte die soziale Folge dieses Vorganges sein. Das sagt die Koalitionspresse jedoch nicht!

Gramels Aktion dürfte erfolglos bleiben. Heute, vormittags trat der Klub der Volksparteier zusammen und beauftragte Gramel, der Einladung des Präsidenten vorläufig Folge zu leisten. Um zwölf Uhr erschien Gramel auf der Burg und wurde vom Präsidenten Masaryk in Audienz empfangen.

Über die Stellungnahme Gramels Masaryk argenüber, gehen nun die uns zugekommenen Nachrichten diametral auseinander. Einerseits wurde behauptet, Gramel hätte den Auftrag zur Kabinettsbildung entgegengenommen und sich eine Frist bis morgen neun Uhr

abends vorbehalten. Andererseits wird erklärt, Gramel habe dem Präsidenten der Republik den Standpunkt seiner Partei bezüglich der Kabinettsbildung in der Richtung verdeutlicht, daß die Partei eine rein parlamentarische Regierung mit drei Ministern verlange, daß sie nicht wünsche, daß ein Sozialdemokrat an die Spitze des Schulters treten und daß den Vorsitz in der Regierung der bisherige Ministerpräsident übernehme. Damit hätte Gramel Svehla den schwarzen Peter wieder zugelegt.

Im Parlament.

Als Gramel vom Präsidenten der Republik ins Abgeordnetenhaus zurückkehrte, berief er die Vertreter der einzelnen allnationalen Parteien zu sich und verhandelte mit ihnen in ganz kurzer Weise. Auch die Sitzung der Volkspartei, die in den Abendstunden stattfand, dürfte nur von kurzer Dauer sein. Minister Gramel wird ein Referat über seine Unterredung mit dem Präsidenten der Republik und seine weiteren Absichten erstatten. Auch die Abgeordneten und Senatoren der tschechoslowakischen sozialistischen Partei hielten eine gemeinsame Beratung ab, die um halb 3 Uhr unterbrochen und um 3 Uhr wieder aufgenommen wurde. In den Abendstunden dauert auch diese Beratung noch fort.

Was nun?

Was weiter sein wird, ist noch unklar. Es besteht die Möglichkeit, daß Gramel tatsächlich einige Tage verhandelt, um dann die Erfolglosigkeit seiner Aktion zuzugeben. Es kann auch geschehen, daß der Präsident der Republik nach dem Scheitern der Mission Gramels Běchyně oder Střihovský mit der Kabinettsbildung betraut und daß diese den Versuch einer Minderheitsregierung unternehmen. Das Wahrscheinlichste aber ist, daß Svehla wieder betraut oder Cerný ein Beamtenkabinetts bilden. Das Regiment auf der allnationalen Grundlage — möge nun die Koalition in verhüllter oder offener Form wiederentstehen — durch den Zwischenfall Gramel noch viel schwieriger werden, als es schon bisher war. So wird auch die letzte Krise dazu beitragen, die Herrschenden in diesem Staate von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des bisherigen Systems zu überzeugen.

Bernichtung des Postbetriebes in den deutschen Gegenden.

Der Massenabbau bei den Komotauer Postämtern

Die Gleichberechtigung der Deutschen in diesem Staate gilt offensichtlich nur beim Steuerzahlen und bei der Lieferung der Akten, denn Rechte haben die Deutschen keine, was man am besten aus nachstehenden Zeilen erkennen kann:

Der ganz besonders in den letzten Wochen mit rücksichtsloser Brutalität einsetzende Massenabbau der deutschen Staatsangehörigen gibt ein treffendes Bild der einheimischen Demokratie und zeigt, wie „der Geist von Locarno“ in den Köpfen der Prager Machthaber umgewandelt wurde. Brutal, ohne jede Rücksicht auf die damit verbundenen Mehrausgaben des Staates (zahlen müssen doch ohnehin die Steuerträger), ohne Rücksicht auf den Dienstbetrieb, treibt der chauvinistische Haß sein freies Spiel.

Ein Schulbeispiel dieses empörenden Vorganges und Abbaues bieten die beiden Komotauer Postämter. Bei einem Personalstande von etwa 120 Personen, gehen im heurigen Jahre 50 deutsche Beamte und Angestellte ab, und zwar:

- 5 ließen sich freiwillig abbauen,
- 12 wurden bisher zwangsweise abgebaut,
- 3 normal pensioniert,
- 2 entlassen,
- 4 ausgetreten, weil Entlassung drohte, und
- 25 haben die Abbaubefehle erhalten, so daß sie täglich ihre Anberufungsstellen erwarten müssen.

Dieser zitierte Abbau im Laufe eines Kalenderjahres umfaßt daher mehr wie 40 Prozent des Gesamtpersonals.

Es verbleibt mit ihm das gesamte Personal der Hauptkasse und des Telegraphenamtes, die Hälfte des Bahnpostpersonals und ein Drittel der Briefträger. — Bisher sind aber schon 37 tschechische Leute nach Komotau zitiert worden, von welchen nicht weniger als 28 Mann im Laufe des Jahres nach Komotau kommen, obwohl zur Zeit von den Abgebauten noch 30 Deutsche Dienst machen. Angenommen, daß diese 30 Angestellten mit 1. Jänner 1926 den Dienst quittieren müssen, müssen natürlich mindestens wieder 30 neue Leute — natürlich Tschechen — hergezogen werden, die nicht eingearbeitet sind und nicht entfernt das leisten können, was die Hinausgeworfenen konnten.

Mit Ausnahme der Arbeiter, scheint sich in der Öffentlichkeit überhaupt niemand für die Postverhältnisse zu kümmern, bis das Bedachte da sein wird, von welchem sich heute noch niemand einen Begriff machen kann, denn unsere Bevölkerung wird dann sehr schlechte Erfahrungen machen müssen.

So ähnlich wie in Komotau, geht es auch in allen anderen deutschen Städten: es wird eine großartige Vernichtung der wirtschaftlichen Existenzen der Deutschen auf allen Linien in Szene gesetzt und als Begleitmusik leiern man die alte Melodie: „Unsere Deutschen im Staate sind vollkommen gleichberechtigt!“

Der Kampf um den Mieterschutz in Oesterreich.

Ein gefährlicher Anschlag Mieter und Gehiltsleute. — Die Sozialdemokraten werden obkultieren.

Wien, 1. Dezember. (Eigenbericht.) Im Nationalrat hat die Regierung heute den von ihr bereits angekündigten Gesetzesentwurf über den Abbau des Mieterschutzes eingebracht. Der Gesetzesentwurf enthält im Wesentlichen dieselben Bestimmungen, die der christlichsoziale Antrag enthalten hat, der durch die sozialdemokratische Obstruktion im Ausschuss befehligt wurde. Das Bezeichnende jedoch ist, daß sich die Christlichsozialen nicht nur gegen die Wohnungsmieter wenden, sondern besonders eine Erhöhung der Miete der Geschäftskollegen verlangen, also gegen die Gehiltsleute, die eine ihrer Stützen sind, vorgehen wollen. Der sozialdemokratische Verband hat heute bereits eine Sitzung abgehalten und nach einem Referat des Abgeordneten Genossen Danneberg beschlossen, die Vorlage mit allen parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen.

Da es nun in dem Beschluß heißt, daß dieser Kampf auf dem günstigsten Boden vor sich gehen soll, so wird dies im Ausschuss geschehen, da dieser nach der Geschäftsordnung des österreichischen Nationalrates die beste Möglichkeit für den parlamentarischen Kampf bietet. Die Sozialdemokraten, die die ehebaldigste erste Lesung der Vorlage verlangen, werden also im Ausschuss mit der Obstruktion einziehen und es erscheint ausgeschlossen, daß den Christlichsozialen der Anschlag gelingt, zumal gleichzeitig außerhalb des Parlamentes eine große Protestaktion der Mieter durchgeführt wurde. Die erste Lesung der Vorlage dürfte erst nächste oder übernächste Woche stattfinden. Die Organisation der Gewerbetreibenden hat sich heute mit der Vorlage bereits befaßt und in scharfer Weise dagegen Stellung genommen.

Louheurs Finanzpläne.

Erhöhung des Notenumlaufes um 6 1/2 Milliarden. — Neue Steuern.

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.) Der Finanzminister Louheur erklärte Pressevertretern gegenüber, daß er seinen neuen Entwurf zur finanziellen Gesundung Frankreichs Anfang nächster Woche der Deputiertenkammer vorlegen werde. Er beabsichtige nicht, ein fröhliches Beratungskollegium für Finanzfragen zu bilden, das werde er in den allerersten Tagen mit den Vertretern aller Wirtschaftskreise und Berufsständen konferieren, um ihr Urteil kennen zu lernen.

Louheur deutete an, daß er schon morgen von der Deputiertenkammer eine neue Notenummission von sechs einhalb Milliarden Frank verlangen werde. Davon sollen zweieinhalb Milliarden zur Rückzahlung der am 8. Dezember fälligen kurzfristigen Vons bestimmt sein, zwei weitere Milliarden zur Deckung außerordentlicher Ausgaben, namentlich für Marokko und Syrien, während der Rest für die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens bereitgestellt werden soll. In neuen Steuern sind geplant ein zwanzigprozentiger Aufschlag zur Einkommensteuer, zohbar innerhalb zwei Monaten, sowie Aufschläge zu sonstigen direkten und indirekten Steuern.

Ein Todesurteil gegen einen Fremdmörder.

Schwerin, 1. Dezember. (Wolff.) Im Fremdmörderprozeß gegen den Angeklagten Soldt und Genossen wurde heute vom Schwurgericht das Urteil gefällt. Der Feldschupbeamt Holbt wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt, der Kaufmann Sieden aus Stahlfurth, früher Oberleutnant eines Arbeitskommandos, wegen Beihilfe zum Mord zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren, der Student Erich Franz aus Prag, früher Leutnant bei einem Arbeitskommando, wegen Nichtanzeige seiner Mitwisserschaft zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr. Der angeklagte Buchhändlergehilfe Peter aus Postrod wurde wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis und aus demselben Grunde der Bergmann Raders zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wie während des Prozeßverlaufes wurde die Öffentlichkeit auch bei der Urteilsverkündung ausgeschlossen.

Der Fasarenwahn als Epidemie.

Ungehörte Frechheiten der Fasisten gegen Oesterreich.

Wenn der Duce ein Wort von sich gibt, dann sind sofort ein Duzend Unterläufer zur Stelle, die es ehrsüchtig nachplappern. Auch die letzte Rede Mussolinis wurde von den Provinzgrößen des Fasismus nachgedehet und nach Tuschheit an Prohet und Aufschneider überboten. Das Höchste leistete sich der faschistische Parteiführer von Südtirol, Barbessino, der zu den Vorfällen im österreichischen Parlament, in dem bekanntlich Genosse Ellenbogen offen die Wahrheit über Italien ausgesprochen hatte, Stellung nahm und dabei sagte:

Das Innsbrucker Schicksal ist uns sehr unglücklich. Heute sagt Mussolini als verantwortlicher Chef der Regierung und Führer des Fasismus: „Schluß!“ ... Heute sind Aktionen, konkrete und rasche Taten notwendig. Wenn Wien keine Autorität besitzt, so muß verhänglich gemacht werden, daß Rom die Mittel und Fähigkeiten hat, um aufzuräumen. In Wien und in Innsbruck hat sich die Schwäche der österreichischen Regierung ausnützend, der ganze Reich der beschwundenen Reiches eingelunden, alle Beschwerden, die von dem bei Vittorio Veneto geschlagenen Heere übrig geblieben sind, alle Abenteuer, Typus Dr. Ellenbogen, die ihren Patriotismus dem Reißbilde verkaufen und gegenwärtig mit französischem und russischem Gelde Vorkämpfer der Antitalienität geworden sind, gerade so wie sie morgen durch italienisches Gold faschistische Apostel werden könnten. Dieses Gesindel muß entweder mit Gold oder mit der Fellehe befehligt werden. Italien hat kein Gold für solche Leute: die Fellehe ist notwendig Duce.

Die Auslassungen des Barbessino stellen wohl den Gipfel der Frechheit dar, die in einem solchen Falle möglich ist. Die hysterische Tut der Fasisten, die sich von der gesamten gestützten Welt als Auswurf betrachtet sehen, diktiert die wutverfüllten Worte des Schergen: Mussolinis gegen ein Land, in dem freie Männer ein freies Wort wagen. Das Beschämende aber ist, daß sich die österreichische Regierung diese Dinge gefallen läßt, ja daß ein Teil der Regierungspresse dem Fasismus Vorschub leistet. Die Christlichsozialen sind die besten Freunde Mussolinis und das „Neue Wiener Journal“ des Rippowitz, das Legationsministerblatt, brachte erst am Sonntag einen langen Artikel, der den Fasismus als die einzige Lösung der sozialen Frage bezeichnete und wirtschaftlichen Schwabungen des Sozialismus enthielt. So lange sich Oesterreich eine solche Presse und solche Parteien gefallen läßt, muß es auch zugeben, daß ein faschistischer Bandit seine Bürger in einer so unsinnigen Weise beschimpft, wie es der Barbessino tut. Die österreichische Sozialdemokratie wird sich von dem größtmöglichen Duce und seinen Kreaturen allerdings nicht verbieten lassen, ihre ganze moralische und materielle Kraft in den Dienst der Bekämpfung des fluchwürdigen Fasismus zu stellen.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 2. ds. M.

Brag, 19.00: „Troubadour“ (Aus dem Nationaltheater). — Brunn, 20.00: Rezitationen. — London, 23.00: „Carmen 4.“ — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20.00: „Die Entführung aus dem Serail“ — Stuttgart, 21.00: Schiller-Abend. — Leipzig, 20.15: Symphonie-Abend. — München, 20.30: „Die 3 Wilderwurzeln“. — Breslau, 20.15: Büsche-Abend. — Frankfurt, 21.15: Konzert. — Wien, 20.00: 100 Jahre lustige Wiener Musik. — Zürich, 20.20: Brassische Lieder.

Wellenlängen der Stationen: Brag 546, Brunn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 430 und 505, Stuttgart 443, Leipzig 454, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Tages-Neuigkeiten.

Der Krach der Moravsko-Slezka Banka.

Beginn des Verhörs.

Brunn, 1. Dezember. Der heutige zweite Verhandlungstag wurde mit der Verlesung des restlichen Teiles der Anklageschrift eingeleitet.

Die Anklageschrift gibt weiters Aufklärung über die einzelnen ins Gewicht fallenden Posten und wendet sich dem Verhältnissen des engeren Ausschusses des Verwaltungsrates zu, in dem Dr. Budinsky und Starnovsky saßen, die über alle Geschäfte mitentschieden und auch die Bilanzen unterzeichneten, obwohl sie von den Geschäftsführern unterrichtet waren. Gegen Kadirek, Kolas, Kraval, Fidal, Dr. Budinsky und Starnovsky wird die Anklage wegen veruntreuter Kredite erhoben, weil sie als Organe eines überausdeutschen Institutes den Zusammenbruch der Bank dadurch herbeigeführt haben, daß sie in leichtsinniger Weise Kredite gebrauchten und gewährten. Das das Gebrauchen von Krediten betrifft, wird darauf hingewiesen, daß zu einer Zeit, da der Stand der Bank nur durch Bilanzfälschung verdeckt werden konnte, das Aktienkapital auf 40 Millionen erhöht werden sollte. Dadurch wurde die Bewilligung erreicht, Einlagen auf Büchel bis zu 100 Millionen anzunehmen, was einen neuen Angriff auf die Taschen der Bevölkerung bedeutete. Hieraus führt die Anklage das leichtsinnige Gebrauchen von Krediten in vielen Fällen an nicht vertrauenswürdige Firmen an, was der Bank große Verluste brachte. Bei 113 Millionen, die die Bank verlor, erfüllt sie einen

Verlust von 82.356.563 K.

Bei 11 Unternehmungen, die die Bank selbst gründete oder finanzierte, betrug der Kredit 29, der Verlust 24 Millionen! Weiters macht die Anklageschrift Kadirek, Kolas und Fidal Börsenspekulationen auf Kosten der Bank zum Vorwurf.

Der Verlust durch Börsenspekulationen beträgt 65.604.072 K.

Dazu kommt noch der Verlust an Spekulationen fremder Kommissionen in der Höhe von 17,9 Millionen. Die Spekulationen führte meist die Prager Filiale durch, die in dieser Richtung in einem einzigen Jahr einen Umsatz von 130 Millionen erzielte.

Wie die Bankleitung die Beobachtung des Finanzministeriums über die Reduzierung der Einlagen respektierte, zeigt die Tatsache, daß die Bank am 16. Mai 1920 an 11 Unternehmungen mit 12 Millionen K Kapital und Krediten von 1,4 Millionen beteiligt war, während am 31. Dezember 1922, nach dem Verbot des Finanzministeriums die Bank 13 Unternehmungen mit 28 Millionen finanzierte und ihnen nahezu 40 Millionen kreditierte. Der Verlust an diesen Geschäften beträgt 54.476.937 Kronen.

Kadirek, Kolas, Fidal und Kraval werden ferner beschuldigt, Geschäftsbücher gefälscht zu haben, um fingierte Posten vor der Behörde zu decken. Dann schildert die Anklageschrift das Vorgehen der Angeklagten Japotosch, Kadirek, Sobil und Stojar und schließt mit dem Urteil der Revision über die Auszahlung von Geldern bei der Moravsko-Slezka Banka: die einen hoben Geld mit nicht verifizierten Tantiemen, die anderen mit Hilfe wertloser Aktien oder mittels betrügerischer Machinationen. Alle haben ihren Anteil an dem Krach der Bank. Die Klage beschuldigt sie daher zu Recht jener Straftaten, deren traurige Folge, der Krach der Bank verbunden mit dem Verlust fast einer Viertelmilliarde Kronen, hauptsächlich die kleinen Sparar hart traf, die sich durch die Restame der Bank und die falschen Berichte über ihre Situation zur Einlage ihrer Ersparnisse verleiten ließen.

Nachher begann das Verhör der beiden Hauptangeklagten Kadirek und Kolas. Beide erklärten sich als nicht schuldig im Sinne der Anklage. Kadirek behauptet, daß er von dem günstigen Stand der Bank bis zum letzten Augenblick überzeugt war. Er selbst habe ein Konto in der Höhe von zweihunderttausenden Kronen bei der Bank gehabt und seine nächsten Verwandten hätten ihre Ersparnisse noch im letzten Geschäftsjahr in der Bank eingelegt. Seine Aufgabe sei eine rein administrative gewesen; um die Bilanz hätte er sich überhaupt nicht zu kümmern gehabt, weil dies Sache des Vorstandes gewesen sei. Zur Zeit der Aufstellung der letzten Bilanz für das Jahr 1921 sei er krank gewesen und Bradas hätte ihm die Aufstellung aus Krankenlager gebracht. Aber auch damals hätte er sich nicht um die Richtigkeit der Bilanz ausgewiesenen Ziffern, sondern nur um die Höhe der Dividende zu kümmern gehabt. Im übrigen seien alle Bilanzbilanzen nicht ganz richtig... Die Einvernahme Kadireks dürfte noch zwei Tage beanspruchen.

Hände und Handlesekunst.

Von Max Barthel.

Professor Prechers in Jena hat festgestellt, daß alle Gebanten von Muskelspannungen in den Händen begleitet sind, die mit Hilfe feinsten Apparate gemessen werden können. Die menschliche Hand ist nicht nur ein hochkompliziertes Werkzeug; in ihren Forman, Rinnen, Bergen und Tälern ist auch in großen Zügen die Landschaft der Seele zu lesen. Darüber gibt es eine ganze Literatur und Wissenschaft. Oftmals Geschäfte mischen sich lächelnd mit strenger Wahrheit. In ihrem Faltenwurf ruft der Aberglaube.

Die Geschichte der Hand ist der großartigste Roman aller Zeiten. Zu schildern wäre, wie sich nishlam aus dem Vierhänder der Zweihänder entwickelte, wie das erste Greifwerkzeug entstand, dann der Hammer, die Keule, die Schleuder; es müßte beschrieben werden, wie sich langsam aus der geschlossenen Fausthand des Halbwildes die offene Hand des denkenden Menschen löst, die opfernde Hand vor den Göttern und den lebenden Brüdern. Auch die hundert Hände Buddhas müßten durch diesen Roman geistern, die Hände der Geliebten, der kleinen Kinder, der Wörder, der Erfinder, der Soldaten, der Künstler und der alten Leute.

Durch diesen Roman müßten auch die Schicksalinnen der vielen Hände laufen, die Lebenslinien, die Hermlinien, die Stoppinien. Auch die Form der Hände und Finger müßte beschrieben werden. Es gibt fette unbarmerzige Finger, weiche mütterliche und schmale künstlerische Finger. Alle diese Finger müßten sich wie in einem Schattenspiel bewegen, alle diese Finger, die in der Handlesekunst nach den Sternen Merkur, Apollo, Saturn, Jupiter und Venus heißen.

Das herrlichste Kapitel müßte das über die Arbeiterhände sein. Diesen Abschnitt aber dürfte kein Handlesekunstler schreiben; ein Dichter müßte ihn verfassen. Der Fachmann der Chirologie würde nach seinem starren System nur ungerührt sein; der Dichter würde sofort die Zusammenhänge zwischen der menschlichen Kultur und Arbeit aufdecken. Er würde in den groben, gequälten und schwielergerissenen Händen die Quellen springen sehen, aus denen am Ende jede Kunst, Schönheit und Wissenschaft und jeder Fortschritt lebendig aufquillt.

Vor mir liegen die Lichtbilder von zwanzig Arbeiterhänden, die der Deutsche Holzarbeiterverband seit vielen Jahren durch die Länder und Städte schickt, verstimmelte und von den Maschinen, Messern und Sägen zerfetzte Hände, deren Schicksal man nicht nur aus den scharf ausgeprägten Linien, Bergen und Tälern ablesen kann.

Da sind die Hände des Binzenz Fuchs, von dessen rechter Hand die Kreisfänge zwei Finger stach. Da liegt sie nun, die Hand des Maschinenisten, wie zum Schwur erhoben, eine ewige Anklage gegen das Schicksal. Was kümmert uns bei diesem Anblick alle Handlesekunst! Die Schwurhand des Binzenz Fuchs zeigt mehr als alle Wissenschaft oder ästhetische Betrachtung: sie zeigt den blutigen Kampf der Proleten um den Willen Brot.

Nicht Jahre nach dem ersten Unfall, der die rechte Hand verstimmelte und zehn Mark Monatsrente brachte, kam das zweite Unheil. An der linken Hand riß ihm die Kreismaschine die

drei Mittelfinger ab. Erster Unfall im Herbst, im November, zweiter Unfall im Herbst, im Oktober. Für Binzenz Fuchs war der Herbst große Erntezeit. Die Wälder färbten sich rot, die Messer und Sägen der Maschinen färbten sich rot.

Fuchs stoch an keiner Maschine mehr. Er lebt von seiner Rente. Jeden Tag darf er knapp hundert Pfennige verzehren. Sommerreisen ans Meer oder nach Italien macht er nicht.

Auch die Hände des Anton Schindler sind ein Schicksalsfeld. Den Daumen der einen Hand stach die Kreisfänge, den Daumen der anderen die Hobelmaschine. Fünf Mal verunglückte Anton Schindler an den Maschinen. Fünf Mal spritzte sein Blut. Auch den Zeigefinger der linken Hand machte die verfluchte Hobelmaschine zuckstaben.

In die rechte Hand von Otto Jost hatte das Leben viele Berge aufgebaut und glückverheißende Linien eingezeichnet, bis die Kreisfänge ihre Schicksalslinie mit scharfen Zügen eingrab. Die Maschinen haben kein Hirn, und wenn sie schon berührt wären, sie ratterten doch nur: Profit. Und als die Kreisfänge an Otto Jost kam und ihre Linie eingezeichnet, da nahm sie gelassen an der halb Finger mit, zerschneidete die ganze Hand und machte sie steif. Jost war damals zweiundvierzig Jahre alt. Ein so alter Maschinenarbeiter mit einer steifen Hand ist zu nichts mehr zu gebrauchen. Das macht verständlich, warum Jost hundert Prozent Rente bekam. Schon ruhte er aus, der Mann, der über achtundzwanzig Jahre in der Fabrik stand. Da kam im nächsten Jahre eine neue Säge, die der Behörde, und beschneidete die Rente auf sechzig Prozent. Auf den Erpreßungen der Globetrotter wird man Otto Jost schwerlich finden...

Immer neue Hände strecken sich anlagend empor. Ich sehe und kenne sie alle, ihre Qual und ihre Not, da ich ja selbst an den Maschinen gearbeitet habe. Ich schließe die Augen. Die Riemer der Transmission klatschen. Sell singen die Motore. Säusend gehen die Sägen. Die großen Maschinen tragen und donnern. Das Metall schreit. Das Holz wimmert. Da schreit plötzlich eine andere Stimme: ein Mensch schreit, dem die Säge oder Bierantwelle die Hand verstimmet hat. Wider spritz das kostbare Blut. Wieder hält einen Augenblick lang der eiserne Singang der Arbeit an, um dann mit neuer Mut loszubrausen, heulender und herrlicher als zuvor, um die verlorenen Minuten hereinzuholen.

Viele Hände heben sich empor, arme, zerfetzte und verarbeitete Finger, zerschneidene Handballen, verkrümmte Klauen, in das Dunkel der Barbarei zurückgeschleubert, als die Hand nur Werkzeug oder Waffe war und nicht, wie in vielen Lichtbildern schon heute, offene Bruderhand, Hand des Vaters, des Geliebten, Hand, die streicheln kann, malen, musizieren, schreiben und liebhaben.

Hände geistern durch den hellen Tag, viele Hände harte Arbeiterhände, nichts für Handlesekunstler, alles aber für uns, für die Genossen, Freunde und Schicksalsgefährten. Einmal, das würden wir alle, wird die Hand geheilt. Es gibt keine Trennung mehr zwischen Hirn und Faust. Ja, schon heute sind wir erfüllt vom Wissen von der Herz- und Hirnbeseelen unterstimmten menschlichen Hand...

Der „Schwere Schicksalschlag“, der den Böllischen getroffen hat.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Ende Juli wurde aus Berlin gemeldet:

Der 38jährige Schriftsteller Karl Knaust, der sich auch den Titel Doktor und Professor beilegte, hat das Postamt Berlin-Dorndorf durch geschickte Machenschaften mit Poststich, deren Deckung er fingierte, um etwa 45.000 Mark betrogen.

Die Buchdruckerei Pfeiffer, G. m. b. H., versendet nun auch nach Oesterreich folgendes Zirkular:

Aufruf an die Turmarbeiter und Freunde der Karl-Knaust-Gemeinde.

Infolge des schweren Schicksalschlags, der unseren Karl Knaust sowie dessen Familie betroffen hat, stockt der gesamte Betrieb des Verlags.

Die unterzeichnete Firma, die schon seit Jahren für Herrn Karl Knaust Aufträge erledigte, ist bereit, den im Druck befindlichen Roman von Karl Knaust „Die Steinschneider“

fertigzustellen, falls hierfür die nötige Anzahl Exemplare verauslagt werden könnte... Die Druckerei will lediglich den bereits angefangenen Roman zu Ende führen und damit die Druckkosten herausbringen, während auf der andern Seite Sie durch Bestellung des Romans Herrn Karl Knaust auf das lebhafteste unterstützen können. Es hängt alles davon ab, daß eine große Anzahl Bestellungen eingeht.

Ja, wenn ein Böllischer schießt, so ist das ein schwerer Schicksalschlag, der ihn getroffen hat...

Eine Explosion in Prag.

Zwei Verletzte.

Prag, 1. Dezember. Im Kellerraum des staatlichen Instituts für die wirtschaftliche Bewertung von Brennstoffen, die in der Gasanstalt Prag VII., Hieronymusgasse untergebracht ist, er-

folgte heute um halb 12 Uhr vormittags aus unbekannter Ursache bei einem chemischen Versuch eine Explosion, die so stark war, daß das Kellerlokal vollständig demoliert wurde. Alle Fenster und Türen wurden herausgehoben und auch das Nachbarlokal wurde beschädigt. Die zwei in dem Kellerraum tätigen Laboranten Ignaz Kulstunk und Josef Marek erlitten Brandwunden. Der erste eilte rasch auf den Hof, wo die Flamme, die ihn umhüllten, gelöscht wurden. Marek erlitt leichtere Verletzungen. Kulstunk wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Nach der Explosion fing das Lokal Feuer, doch wurde es von den Arbeitern und der Prager Feuerwehr rasch gelöscht.

Gewalttätige Entfernung einer deutschen Schülerin aus der deutschen Schule.

Ein deutsches Mädchen auf Grund eines gerichtlichen Exzultationsbescheides in die tschechische Schule überführt, dem Vater durchgebrannt und neuerlich per Auto entführt.

Ein kaum glaublicher Vorfall hat schon im vorigen Monate in Komotau und Umgebung berechtigtes Aufsehen und Empörung hervorgerufen: Die 12jährige Berta Rybacek aus Eibitz war schon seit ihrer Geburt von ihrer Großmutter mütterlicherseits, einer gewissen Frau Koch, deutsch erzogen und selbstverständlich auch, als sie das schulpflichtige Alter erreicht hatte, in die deutsche Schule geschickt worden. Nur die und da besuchte sie ihre Eltern und erst, als ihre Mutter gestorben war und das Mädchen in die Schule ging, erlosb ihr Vater Ansprüche auf das Mädchen, um dasselbe bei seiner in Klein-Rohitzsch verheirateten Schwester tschechisch erziehen zu lassen und in die dortige tschechische Schule zu schicken.

Die Sache wurde zum Gegenstande eines Gerichtsverfahrens. Im erstinstanzlichen Erkenntnis wurde Rybacek mit seiner Forderung glatt abgewiesen, in der zweiten Instanz aber wurde ihm auf dem Kreisgerichte in Brüx das Kind zur weiteren Erziehung zugewiesen, welche Ent-

scheidung auch von dem Obersten Gerichte in Brünn bestätigt wurde. Das Kind, welches an seine Umgebung und an die deutsche Schule gewöhnt war, weigerte sich beharrlich, die tschechische Schule zu besuchen, bis eines schönen Tages der Vater des Mädchens in Begleitung eines Gerichtsbekleiters und eines tschechischen Advokaten im Gebäude der Komotauer Mädchenbürgerschule erschien und dort unter Vorweis des gerichtlichen Bescheides um die sofortige Auslieferung seines Kindes durch die Schuldirektion ersuchte. Da diesem Verlangen Rechnung getragen werden mußte, wurde das Kind herbeigerufen, doch sie weigerte sich entschieden, dem Vater zu folgen, bat und weinte herzerweichend. Doch dies alles schien den Vater nicht zu rühren, denn er ließ zwei Polizisten herbeirufen, welche die Ausführung des amtlichen Auftrages entsprechend unterstützen sollten, falls das Kind weiter seiner Weigerung bleiben sollte. Das Erscheinen der Wachleute jagte das Mädchen so ins Bodshorn, daß es sich ganz verängstigt in den Wagen bringen und auf die Bahn fahren ließ, von wo aus sie direkt ins tschechische Gebiet gebracht werden sollte.

Am Hauptbahnhofe bot sich dem verzweifelt den Mädchen ein günstiger Moment, dem Vater zu entweichen, und im tollen Laufe, in der Furcht, verfolgt zu werden, ließ das Kind den fast zwei Stunden langen Weg bis nach Eibitz, wo es total erschöpft und verhält bei ihrer Großmutter wieder ankommen.

Seit diesem Tage blieb das Mädchen scheinbar unbehelligt und ging weiter in die deutsche Schule, bis plötzlich in der Vorwoche, als es kaum aus Komotau aus der Schule heimgekommen war, ihr Vater mit zwei fremden Herren, der Wohnung der Großmutter erschien. Ohne die Frau über die Gründe ihres Kommens aufzuklären, saßen sie das Kind, schien dasselbe in ein Auto und schafften es fort. Das Kind rief noch weinend aus, daß es bald wieder heimkommen werde, doch muß das Gelingen der Flucht wohl bezweifelt werden, denn daß das kein Wort tschechisch verstehende Kind sich aus dem tschechischen Gebiete ohne einen Kreuzer Geld bis Eibitz durchschlagen könnte, ist wohl zu bezweifeln. Der Vorfall, welcher wie eine Ergrübelung aus der Zeit des Faustrechts amnetet, zeigt, daß es in diesem Staate nichts Unmögliches gibt. Doch aber auch diese Sache noch nicht einschlafen wird, dafür wird gesorgt werden.

Jugend und Alkohol in den Vereinigten Staaten.

Nach gewissen Zeitungsmedungen soll die amerikanische Jugend mehr denn je verwildern und sich nicht genug tun können, offen und heimlich alkoholische Getränke zu genießen, um dadurch so recht ihrer Götterverachtung Ausdruck zu verleihen. Solchen Behauptungen gegenüber tut es gut, ein paar Tatsachen hervorzuheben.

1. In der Stadt New York mußten im Jahre 1916, dem einzigen Jahre vor dem Alkoholverbot, für welches diese Angaben erhältlich sind, 8096 Jugendliche von der Polizei in Gewahrsam genommen werden. Im Durchschnitt der Jahre 1920/22 waren es noch 6206.

2. Analog wies die Stadt Boston im Durchschnitt der Jahre 1912/1918 vor dem Alkoholverbot 3124 Verhaftungen auf wegen Vergehen jugendlicher, 1920/22 noch 2399. Verwahrlaste Kinder wurden 1912/18 im Mittel 206 in Schutzhaft genommen, 1920/22 noch 84.

3. Eine kürzlich veranstaltete Rundfrage bei den Vorstehern der Mittelschulen des Staates Massachusetts ergab 100 Antworten. Aus denen geht hervor, daß es eine seltene Ausnahme ist, wenn aus 1000 von Schülern vereinzelte gelegentlich alkoholische Getränke bekommen. An der Universität Michigan ergab eine Abstimmung unter den Studenten nach eingehender Aussprache 1247 Stimmen für und 520 Stimmen gegen das Alkoholverbot. An der Universität Minnesota stimmten 1348 Studenten dafür, 495 dagegen; an der Universität Cincinnati 1740 dafür und 688 dagegen.

Auf Grund solcher Zahlen kann man nicht behaupten, die amerikanische Jugend hüdtige fest Einführung des amerikanischen Alkoholverbots, das, nebenbei gesagt, 200.000 Trinktuben geschloffen hat, ebenso sehr oder gar noch mehr dem Alkohol als früher. Es ist keine Frage, daß von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die amerikanische Jugend unvergleichlich viel nüchterer lebt als die jungen Leute der meisten europäischen Länder.

Die tschechoslowakischen Offiziere haben keine Manieren? Diese Frage muß man stellen, wenn einem die Verhaltensregeln zu Gesicht kommen, welche das Kommando der 11. Infanterie-Division an die Offiziere ausgibt, um diese zu beschreiben, wie sie gesellschaftlich aufzutreten haben. Besonders unangenehm scheint es dem oben angeführten Kommando zu sein, daß die Offiziere vielfach noch mit dem Messer essen, denn sonst würde nicht folgende Bezeichnung erteilt werden: Wenn wir nur mit der Gabel essen, halten wir sie in der rechten Hand, wenn wir gleichzeitig auch das Messer benötigen, halten wir die Gabel in der linken Hand. Mit dem Messer essen wir alle flüssigen Speisen. Bei der Speise nehmen wir den Löffel nicht voll, damit die Rührung nicht zurückfällt. Mit dem Messer essen ist eine grobe Unsitte... Große Sorgen sind es, die den tschechoslowakischen Militarismus bedrücken!

Politische Mäßigkeit in deutschbürgerlichen Lager. Der ehemalige Senator Prof. August Raugle hat sich aus dem politischen Leben zurückgezogen und ist aus der deutschnationalen Partei ausgestiegen.

Ziehung der Klassenlotterie. Gezogen wurden die Grundzahlen 23 und 99 gezogen 20.000 K. gewinnend 150.023, 5000 K. gewinnen 230.123, 58.933, 150.023, 152.623, 2000 K. 235.923, 205.123, 41.023, 107.223, 124.923, 74.923, 97.023, 108.123, 123.423, 71.523, 241.423, 47.423, 95.623, 71.823, 181.723, 162.723, 96.823, 98.223, 1000 K. 148.723, 180.823, 46.423, 154.023, 237.123, 182.523, 205.023, 77.423, 238.123, 62.723, 188.723, 75.023, 241.623, 23.423, 3323, 169.723, 127.023, 123.023.

Biliger Zahneros. Unter dem Namen *Rinella*, Kellnerin in Franzensbad, hatte sich eine Kellnerin bei einem Egerer Zahntechniker Zahnersätze stellen lassen. Der Zahntechniker weigerte sich dann, ohne Zahlung die Ersatzstücke auszuborgen, der Zahntechniker ging mit, um das Geld in Empfang zu nehmen. Trotz der Vorlicht war er dennoch der Betrogene, denn die Kellnerin hatte noch einen Ausgang in eine andere Straße, durch den die Kellnerin verschwand. Der von der Kellnerin angegebene Name und Dienort erwies sich als falsch, so daß angenommen werden kann, daß es sich um schon von vornherein um ein Betrug handelte. Zufällig kam aber der Zahntechniker auf den richtigen Namen der Kellnerin und forderte nun die Bezahlung, ohne sie aber erreichen zu können. Die Folge ist eine Anklage wegen Betruges, über die jetzt das Kreisgericht verhandelt. In der Verhandlung behauptete die Kellnerin, mit dem Zahntechniker infolge gewählter Liebesbeziehung nicht zu sein; das Gericht verurteilte schließlich zur Verlobung neuer Zeugen die Verhandlung.

Proger Upton. Am Samstag wurden die Leichen der Lehrersfrau Gabriele Rodenbauer und ihrer beiden Kinder aus der Wölben gezogen. Die Ursache der furchtbaren Familientragödie ist folgende: Der Lehrer Rodenbauer hat sich von seiner Frau scheiden lassen und vom Gericht die Zustimmung eines Kindes verlangt. Gabriele Rodenbauer nahm nach der Scheidung beide Kinder zu sich und wurde jetzt vom Gericht gezwungen, ein Kind dem Vater, der jetzt heiraten will, zu geben. Das nahm sich die Mutter derart zu Herzen, daß sie gemeinsam mit ihren Kindern in den Tod ging.

Der Kampf gegen den Alkohol. Vor kurzer Zeit fand in Hannover Nord eine Probeabstimmung für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes statt. Abstimmungsberichtig waren alle wahlberechtigten Personen. Auf einem vorgedruckten Stimmzettel wurden folgende Fragen vorgelegt: 1. Wollen Sie, daß die Gemeinde durch Abstimmung ihrer Wähler über Vermehrung oder Verminderung der Schankstätten am Orte zu entscheiden hat, also das Gemeindebestimmungsrecht erhält? 2. Wollen Sie, daß die Gemeinde durch Abstimmung ihrer Wähler über die Festsetzung der Polizeistunde zu entscheiden hat, also auch für diesen Fall das Gemeindebestimmungsrecht erhält? Diese Aktion wurde durch 100 Helfer unterstützt. Sie gaben Flugblätter und Stimmzettel an Hand von Haushaltungslisten aus und hielten die Stimmzettel wieder ein. Die Arbeitsgemeinschaft des Garungsgerberes und der Gastwirte entsandten durch Flugblätter und große Plakate in der hannoverschen Tagespresse eine großartige Gegenpropaganda. Sie gingen dabei aber nicht auf die Fragestellung ein, sondern führten die Leser irre mit der Behauptung, daß sie für die Trockenlegung stimmten. Ferner erzielten sie das, was die Wirtin des Biers das Betreiben des Hauses verboten haben. Trotz dieses Vorgehens wurde ein Ergebnis erzielt, das die Erwartungen des Ausschusses für das Gemeindebestimmungsrecht weit übertraf. In die Abstimmung wurden 4493 Haushaltungen einbezogen. Es stimmten:

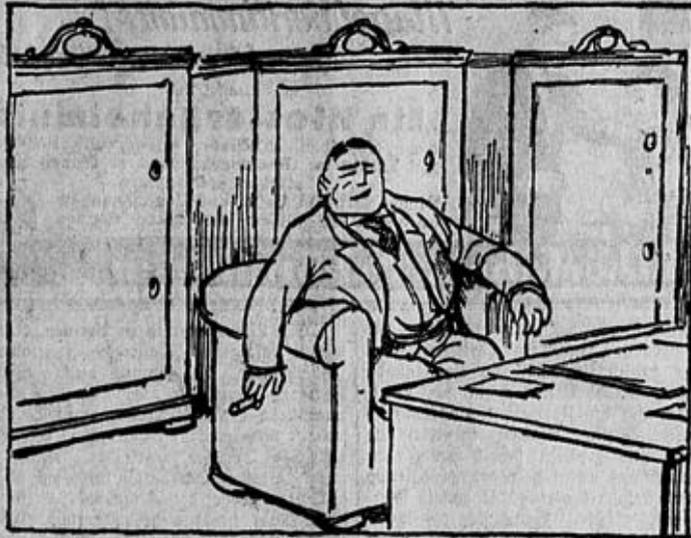
Männer: 3367 nein, 976 nein; Frauen: 3893 ja, 863 nein; Enthaltungen: Männer: 674, Frauen 744.

Von ganzen kamen 10.607 Stimmzettel zurück. Von den abgegebenen gültigen Stimmen (also unter Ausschluß der Enthaltungen) stimmten 70 Prozent für und 21 Prozent gegen Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes. Unter Einbeziehung der Enthaltungen ergeben sich 88,5 Prozent der Stimmen dafür, 18,5 Prozent dagegen und 13 Prozent Enthaltungen. Das Ergebnis wird dem Reichstage übergeben.

Die falsche Rechnung. Die vom Völkerbundrat mit der Untersuchung des griechisch-bulgarischen Grenzstreitens beauftragte Kommission hat ihre Arbeiten beendet. Der englische Vertreter forderte von Griechenland als Entschädigung die Auszahlung von 85.000 englischen Pfund für die Familien des bei dem Grenzstreit getöteten bulgarischen Hauptmanns und der 19 getöteten bulgarischen Soldaten. Außerdem soll die griechische Regierung die Kosten der von bulgarischer Seite während des Grenzstreitens vorgenommenen Transportkosten in Höhe von 50.000 Pfund zurückerstatten. Die Kommission hat sich dieser englischen Forderung angeschlossen. Der griechischen Regierung ist die Entschädigung der Völkerbundkommission äußerst unangenehm. Sie wollte mit der Aktion gegen Bulgarien ihre innenpolitische Stellung stärken, hat nun aber praktisch das Gegenteil erreicht. Infolgedessen versucht sie die Oppositionen zu beruhigen und ihnen durch weitgehende innenpolitische Zugeständnisse entgegenzukommen — und hat nebenbei noch 135.000 Pfund Sterling zu bezahlen. Sie hat die Rechnung wirklich ohne den Witz gemacht.

Der Tausch der deutschen Chemie. Der Direktor des Belgischen Instituts für Tropen-

Notstandstypen aus dem Lager der Bourgeoisie.



Einer, der sich einschränken muß, weil er sonst auf dem Klubsessel zu wenig Platz hat.

medizin, Dr. Broden, hat ein ausführliches Gutachten über die Wirkungen des neuen deutschen, von den Farbenfabriken in Leverkusen hergestellten Mittels gegen die Schlafkrankheit, das „Dayer 205“ der „Germanin“ genannt wird, veröffentlicht, in dem er große Erfolge dieses Heilmittels im Kongogebiete feststellt. Zwar scheint im zweiten Stadium der Krankheit eine Heilung durch das Mittel nicht mehr möglich, wohl aber eine Beseitigung der Ansteckungsgefahr, während im ersten Krankheitsstadium sehr viele Heilungen geglückt seien. Das Mittel lasse auch noch Verbesserungen zu, die einen wirksamen Kampf gegen die Schlafkrankheit ermöglichen.

Vollstämmliche Votos-Vorträge. Wir erhalten folgende Zuschrift: Seinen langjährigen Bestrebungen getreu, der Öffentlichkeit die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung auf möglichst gediegene Art zugänglich zu machen, veranstaltet der Deutsche naturwissenschaftlich-medizinische Verein „Votos“ auch heuer eine Reihe vollstämmlicher Vorträge, deren Besuch allen Freunden der Naturkunde angelegentlich empfohlen sei. Für die Vorträge wurden bewährte Fachleute unserer deutschen Hochschulen gewonnen, die das betreffende Thema auch einem wei-

teren Kreis von Zuhörern verständlich machen werden. Der Eintritt zu den Vorträgen ist frei. In den nächsten beiden Monaten werden folgende Vorträge gehalten: Freitag, den 4. Dezember, 7 Uhr abends: Prof. Dr. A. Frey: „Die Bestimmung der Entfernungen im Weltraum“ (mit Lichtbildern). Hörsaal des deutschen physikal. Institutes in Prag II, Weinberggasse 3. Mitte Dezember: Prof. Dr. A. Běl: „Sprechen und Schreiben“ Mitte Jänner: Prof. Dr. A. Liebus: „Lebensweise fossiler Tiere“ (mit Lichtbildern) Ende Jänner: Prof. Dr. H. Friß: „Grundlagen der Ernährung“. Die anderen Vortragsstermine werden rechtzeitig bekanntgemacht. Die Vortragsreihe wird fortgesetzt.

Die Verträge von Locarno. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Prof. Dr. Heinrich Rauberg, der bekannte Völkerrechtsexperte unserer Universität, hält am 7. Dezember, um 8 Uhr, im Spiegelaal des Deutschen Hauses in Prag einen allgemein zugänglichen Vortrag über: „Die Verträge von Locarno“. Der Vortrag, der gemeinsam von der Deutschen Liga für Völkerbund und Völkerverständnis in der Tschechoslowak. Republik und von der Deutschen Juristischen Gesellschaft veranstaltet wird, ist geeignet, das Interesse der weitesten Kreise des Publikums wahrzunehmen.

Die Troubadour des sozialen Polen.

Zum Tode des polnischen Dichters Stefan Jeromski.

In Warschau ist dieser sechzigjährige Dichter Stefan Jeromski gestorben. Nicht seinem Landsmann Reymont war er der Dichter im gegenwärtigen Polen, dessen Schöpfungen europäischen Ruf erlangt hatten. Reymont trug Reymont vor Jahresfrist den literarischen Nobelpreis davon, in dessen waren die literarische Welt des jungen Polen und auch die Warschauer Regierung schon damals der Ansicht, daß in seiner Heimat der Berufene wohl Jeromski gewesen wäre. Waren doch seine Romane „Die Schönheit des Lebens“, „Aufsch“, „Süßpharheit“ u. a. nicht nur innerhalb Polens außerordentlich populär, sie waren darüber hinaus auch in fast alle europäischen Sprachen übersetzt worden. Deshalb fühlte man sich in den offiziellen Kreisen verpflichtet, Jeromski die allgemeine Anerkennung in einer anderen Form auszudrücken. Man verlieh ihm den polnischen Staatspreis und der Präbident räumte dem Dichter ein Heim im Warschauer Schloß ein. Bei dieser Gelegenheit darf bemerkt werden, daß die maßgebenden Regierungskreise des neuen Polen für die „Schaffenden“ überhaupt viel Verständnis zeigen und daß ihnen auch nach Möglichkeit materieller Unterstützungen zuteil werden lassen.

Galt noch bis zum vorigen Jahre Stefan Jeromski Schaffen weniger politischen Problemen, so zeigte er sich mit einem Schlage von einer ganz anderen Seite, als vor Jahresfrist sein großer nationaler und sozialer Roman „Vorfrühling“ erschien. Hatte der Dichter in seinen früheren Büchern lediglich das Unterdrücktegefühl, die Anrechtlosigkeit in den Bereich des Seelischen gelegt und die aktuellen sozialen und politischen Probleme unausgesprochen gelassen, so wählte er in dem neuen Buche diese Fragen in ihrer direktesten Unmittelbarkeit auf. Der Roman behandelt das Schicksal eines Mannes, der, außerhalb Polens lebend, sein ganzes Leben lang von der Rückkehr in sein unterjochtes Vaterland träumt, in das Vaterland, das nun durch den Weltkrieg frei und selbständig wurde. Doch der Sucher findet bereits an der Grenze seiner Heimat; sein Sohn wird sein Vaterland erreichen und dort in seinem Sinne wirken. Der Sohn gerät in Warschau in den nationalstolischen Strudel, kämpft gegen Sowjetrußland und dann zu erkennen, daß es mit dem nationalstolischen Beldreue doch eine sehr überflüssige Sache ist. Die sozialen Forderungen danken ihm wesentlich wichtiger, und so sehen wir den Helden des Romans schließlich an der Spitze streikender Arbeiter marschieren. Was nicht aller Nationalismus, alles Staatsgefühl und alle Staatsbegeisterung, wenn für die breiten Massen in diesem Staate wenig soziale Gerechtigkeit und wenig Brot vorhanden ist!

Dieser Schrei nach dem Kulturellen in dem Roman hat die russische Sowjet-

regierung sehr entzückt. Sie reklamierte Jeromski auf Grund dieses Buches als einen der Ährigen und der Volkskommissar Lunatschski ließ gar die in Frage kommenden passenden Stellen des Romans durch Rundfunk verbreiten. Doch Jeromski gab bald eine Erwiderung. Er lehnte ausdrücklich das Sowjetische ab und erklärte sich für die Demokratie. Die Anklagen, so erklärte er, die er gegen sein eigenes Vaterland gerichtet habe, seien auch in Rußland sehr berechtigt. Mit seinem Bilde des neuen Polen habe er das Gewissen seines Volkes, besonders seiner führenden Männer, wecken wollen, aber auch in den meisten anderen Staaten seien seine Klagen berechtigt. Im Sowjetismus sehe er die Größe und den Mut zur Beseitigung und sei deshalb kein unerbittlicher Gegner. Er wolle vielmehr den Mut und die nationale Größe zu schöpferischer, positiver, aufbauender Arbeit.

Freilich ist Jeromski auch von gewissen nationalstolischen und kapitalistischen Schichten seiner polnischen Landsleute als des sensationellen Buches arg beschuldert worden. Wie habe er nur einen derartig unsozialen, verkehrerten nationalen Egoismus zeichnen können? Der Dichter blieb die Antwort nicht schuldig. „Ich wollte“, so erklärte er damals, „in diesen Tagen des nationalen Kampfes, der Selbstbergessenheit und Unbedachtetheit ein trag gezeichnetes Bild zeigen, als Hinweis, daß wir ein anderes Polen erträumt haben, ein Polen der Gerechtigkeit, ein Polen voll neuer Ideen, das Vorbild eines sozialen Musterstaates“. Und weiter sagte Jeromski: „Ich bin nur ein Dichter, die Durchführung meiner aufgezeigten Ideen muß ich anderen überlassen, nicht zuletzt den Frauen, die ihre Kinder danach erziehen sollen, und die dahin streben sollen, daß die Zeit der Kriege, die Zeit des Chauvinismus und der Unterdrückung vorbei sei.“

Im Verfolg dieser Debatten hat Stefan Jeromski auch seiner Freunde darüber Ausdruck gegeben, daß sein so vielbeachteter und unüppischer Roman ihm so sehr viele Publikumsgewinne und Unterstützungen, aus den ärmsten Arbeiterschichten, wie aus den politischen Kreisen, gebracht habe. Auch gegenüber Deutschland war der Dichter von den besten Gefühlen befeuert. „Ich sehne den Moment herbei“, so erklärte er vor etwa einem halben Jahre, „wo deutsche und polnische Dichter den Weg zu einander finden. Deutsche und Polen und Nachbarn, und wir können zweifellos in gemeinsamen Verleben viel Gutes schaffen; schon deshalb, weil wir Nachbarn sind.“

Nun ist dieser Troubadour der nationalen und der sozialen Freiheit wie des positiven Gedankens innerhalb des neuen Polens aus dieser Welt geschieden. In Warschau wurde ein großer Mann begraben.

Wetterübersicht vom 1. Dezember. Bei aufblühendem Wetter hielt sich die Temperatur in der Republik den ganzen Tag über unter Null Grad C und sank in der Nacht auf Dienstag meist noch tiefer als in der vorhergehenden Nacht. Die tiefsten Minima meldet: Labor, Budweis, Kaschau minus 11, Schneekoppe minus 17 Grad Celsius. In den heutigen Morgenstunden trat in Böhmien veränderliches Wetter ein mit südwestlichen Schneefürren auf den Bergen und langsam zunehmender Temperatur in den Niederungen. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Veränderlich, Reizung zu Schauern, im Osten abnehmender Frost, zeitweise windig.

Volkswirtschaft.

Weiterer Kurssturz des Ploth.

Dem gestrigen Kurssturz des Ploth ist heute ein noch rascherer Rückgang des Wertes der polnischen Währungseinheit gefolgt. Insbesondere an der Prager Börse war dieser Kurssturz katastrophal. Am Freitag nach Kosteten 100 polnische Ploth 475 Kr., am Montag 395 Kr. und gestern nur noch 300 Kr. Da der polnische Ploth zur Zeit seiner Einführung im Frühjahr 1924 etwa 8 Kr. wert war, hat er von seinem ursprünglichen Wert nicht weniger als fünf Achtel eingebüßt. Ebenso ist der Ploth, wenn auch nicht in dem Maße, an der Züricher Börse zurückgegangen und, war von 62 am Montag auf 56 am Dienstag. Auch den polnischen Staatsmännern dünnter nunmehr die Erkenntnis auf, daß Schuld an den gerrütteten finanziellen Verhältnissen des Landes in erster Linie die großen Militärausgaben tragen und man sucht nun das Budget für das Heerwesen abzubauen. Ob dies nur ein Versprechen ist, dessen Zweck es wäre, die Börsenkurse zu beruhigen, oder ernst gemeint ist, werden die nächsten Tage lehren. Sicher ist, daß sich das Land in einer ernsten Krise befindet, aus welcher der Ausweg nur durch den Bruch mit der bisherigen militärisch-imperialistischen Politik gefunden werden kann.

Schutz den Auswanderern nach Frankreich.

Unter den Ländern, die das Reiseziel der Auswanderer aus der Tschechoslowakei bilden, nimmt Frankreich einen besonderen, von Jahr zu Jahr steigenden Rang ein. Im Jahre 1922 sind von 39.409 Auswanderern 3457 nach Frankreich gegangen, im Jahre 1923 von 32.341 etwa ein Sechstel, nämlich 5937, im Jahre 1924 sind von 54.373 Auswanderern ungefähr ein Viertel, nämlich 12.525, nach Frankreich gezogen. Insgesamt sollen gegenwärtig in Frankreich 40.000 tschechoslowakische Staatsangehörige sein, die dort arbeiten. Der Zuzug nach Frankreich wird vermutlich weiter dauern, denn nach Übersee wird die Möglichkeit auszuwandern immer mehr eingeschränkt, während Frankreich fremder Arbeitskräfte bedarf.

Es ist nun notwendig, für den sozialen Schutz dieser Auswanderer zu sorgen. Wir haben schon mehreremale in der letzten Zeit Beispiele dafür gebracht, wie schlecht es einzelnen Auswanderern in Frankreich gegangen ist, wie man ihnen hohe Löhne versprochen hat, die dann nicht eingehalten wurden und unter welch schlechten Bedingungen sie wohnen. Es stellt sich nun die Notwendigkeit heraus, daß ein Organ geschaffen wird, welches diese Auswanderer bereteit, zumal andere Staaten uns bereits hier vorgegangen sind. So gibt es in Frankreich Sozialinspektoren für die italienische, magyarische und polnische Auswanderung und es werden jetzt — wie das „Pravo Bida“ jüngst gemeldet hat — Schritte unternommen, damit auch die Tschechoslowakei dem Beispiel der genannten anderen Staaten folge und einen Sozialinspektor für die in Frankreich befindlichen Auswanderer einsetzt. Dasselbe müßte naturgemäß auch in den Vereinigten Staaten und gleichfalls in Südamerika der Fall sein, wofür in den letzten Jahren sich wachsend der Strom der Auswanderer ergiebt.

Kapitalkonzentration in der Tschechoslowakei.

Zwischen der Preßburger Niederlassung des Siemenskonzerns und der Elektrizitäts- und Maschinen-A. G. (Emag) in Prag ist — wie die „Birtach“ berichtet — ein Vertrag über eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden. In Prag soll nach durchgeführtem Zusammenschluß die Elektro- und Schweißstrom- arbeitsfabrik untergebracht werden, während sich das Preßburger Werk ausschließlich der Herstellung der großen Elektromaschinen widmen wird. Von Banken werden an dem Unternehmen die deutsche Agnar- und Industriebank und auch die Böhmische Unionbank beteiligt sein.

Steigen des Exportes. Der Wert des in der Kampagne 1924/25 exportierten Jaders übersteigt den des Vorjahres bedeutend. 1923/24 wurden insgesamt für 226 1/2 Millionen Kronen Jader ausgeführt, in der heutigen Kampagne jedoch 228 1/2 Millionen, also um 250 Millionen mehr. An erster Stelle steht der Export über Hamburg (nach Uebersee), weiters folgen Italien, Großbritannien, Desterreich und die Schweiz. Bemerkenswert ist, daß der Export insbesondere nach Großbritannien, aber auch nach Desterreich und Jugoslawien gegen den des Vorjahres zurückgegangen ist, gestiegen ist jedoch der Export nach der Schweiz, Triest (Uebersee) und besonders nach Italien und über Hamburg.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar, 2075

Für Ihr Töchterchen ist das schönste Nikolaus- und Weihnachts-Geschenk ein moderner Mantel...

Prager Produktendörfer.

Prager Produktendörfer. (Offizieller Bericht vom 1. Dezember.) Die Tendenz der heutigen Produktendörfer war überwiegend sehr fest...

Kunst und Wissen.

"Vor Sonnenaufgang." Musikdrama in einem Akt von Emil F. Burian; uraufgeführt im tschechischen Nationaltheater...

Kleine Chronik.

Zaungäste.

Ich habe mir in der Galerie die Augen müde geschaut und stehe nun draussen vor dem Museum und freue mich des goldenen Herbsttages...



Magenverstimmung!

Freund, Dir kann geholfen werden. Hier trinke „Ein Klostergeheimnis“...

Likörfabrik Schönprisen

Aktivisten aufgeschwungen hat, einer Gruppe, die sogar in einem eigenen, „Tam-Tam“ bestellten Zeitschrift für ihre künstlerischen Ideen Propaganda macht...

Ein Literaturpreis in Bremen.

Am 1. Dezember 1923, anlässlich seines sechsten Jahrestages hat der „Goethebund“ in Bremen unter Mitwirkung des Bremer Schauspielhauses...

Unbekannte Gedichte und Briefe Puschkins. Im Palais des früheren Fürsten Jusupow in Leningrad sind dreißig Briefe Puschkins in französischer Sprache...

Ein neues musikalisches Instrument. Der russische Professor Gilew hat ein neues musikalisches Instrument, das „Picciton“ erfunden...

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Mittwoch „Wallensteins Tod“...

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Der Barbier von Sevilla“...

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Freitag, den 1. Dezember, 8 Uhr abends, im Verein deutscher Arbeiter, Prag II, Smetslagasse...

Jugendbewegung. Sozialistischer Jugendverband Ortsgruppe Prag, Mittwoch, den 2. Dezember 1923, abends 8 Uhr...

Bereinsnachrichten. Zweigstelle Prag des „Freien Radikobundes“...

Turnen und Sport.

Bom Arbeiter-Turn- und Sportverband. Wintersportler Achtung!

Wir machen aufmerksam, daß die Jahrtbegünstigungsmarken für einzeln fahrende Wintersportler bei uns erhältlich sind...

Werben bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Der russische Professor Gilew hat ein neues musikalisches Instrument, das „Picciton“ erfunden...

Kalla's Fischkonserven advertisement with logo and text.

Kommen möchte, da muß er schon einen Schnaps trinken geben; das ist das Ende vom Liede! „Mensch, das versteht du eben nicht.“

Der Geburtsstauswund.

Willi wurde übermorgen zwölf Jahre alt. Da sollte endlich sein schmülcher Wunsch in Erfüllung gehen...

lange darum gebeten, daß der, durch die fortgesetzten Bitten des Jungen weich geworden, versprach, ihm eine Uhr zu kaufen.

Der erste Tag kam heran. „Wenn Vater nach Hause kommt“, hatte die Mutter gesagt.

Schleppend verging der Nachmittag. Mutter hatten einen kleinen Keller mit Bekerten auf den weggewaschenen Tisch gestellt.

Jetzt tute die Fabrikstrome. — Jetzt hatte Vater Feierabend; in einer halben Stunde könnte er hier sein.

Bergeblück suchte die Mutter den Jungen abzulenken. Sie lockte Kaffee und nötigte Willi an den Tisch.

Endlich polterten Schritte auf der Treppe. Mit einer jähen Ansturm im Herzen sprang die Mutter auf.

„Sagst du mir, wie Willi in die Schlafstube. „Ich rufe dich!“ sagte sie. Dann ging sie ihrem Mann entgegen.“

„Willi! Um Gotteswillen!“ unterbrach sie ihn. „der Junge, — die Uhr!“

Ein mattes Erinnern glomm in seinem Blick auf „Denkel ja! — Die — die Uhr, — die —“, stotterte er.

Der Junge schüttelte nur wortlos den Kopf und schweigend begann er sich auszulegen.

Erst als das Türschloß einschnappte, wurde Willi vom Schlafenden durchschüttelt.

„An anderen Abend legte Vater, ein wenig vorgelesen, ein kleines, in Seidenpapier gewickeltes Paket auf den Tisch.“

„Freust du dich?“ fragte die Mutter. „Ja“, sagte der Junge gehorsam.

„Du hast noch einmal angesehnen, trag er sie in der hohen Hand in die Schlafstube hinüber, wo er sie in die hinterste Ecke seines Schubladens legte.“